

Russland/Tschetschenien: Konsequenzen einer Wehrdienstverweigerung

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 31. August 2023

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, Französisch

COPYRIGHT
© 2023 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Die Wehrpflicht in Russland	4
2.1	Rekrutierungsprozess	4
2.2	Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Zivildienst als Alternative zum Militärdienst	6
3	Zwangsrekrutierung in Tschetschenien	7
4	Folgen einer Dienstverweigerung	9
4.1	Rechtliche Sanktionen für Wehrpflichtige	9
4.2	Rechtliche Sanktionen für mobilisierte Personen	11
4.3	Informelle Folgen der Dienstverweigerung	12
5	Anwendung der gesetzlichen Sanktionen gegen Personen, die den Dienst verweigern	14
6	Rückkehr Risiken für abgelehnte Asylsuchende oder gesuchte Personen	16
7	Quellen	16

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Welche Methoden der Rekrutierung für den Militärdienst werden in der russischen Republik Tschetschenien angewandt? Werden Männer im wehrpflichtigen Alter zwangsrekrutiert?
2. Welche rechtlichen und informellen Folgen hat die Verweigerung des Wehrdienstes in der russischen Republik Tschetschenien?
3. Sind Komplikationen beim Zugang zu einer Behandlung für ein krebskrankes Kind zu befürchten, wenn der Vater dieses Kindes einer Einberufung zum Wehrdienst nicht Folge leistet?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Russland seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Die Wehrpflicht in Russland

Einjähriger obligatorischer Militärdienst für Männer zwischen 18 und 27 Jahren. Ab Januar 2024 wird das Höchstalter von 27 auf 30 Jahre angehoben. Die einjährige Wehrpflicht gilt für alle russischen Männer im Alter von 18 bis 27 Jahren (EUAA, Dezember 2022). *The Guardian* berichtet, dass das russische Parlament Ende Juli 2023 ein Gesetz verabschiedet hat, wodurch das Höchstalter für die Wehrpflicht von 27 auf 30 Jahre angehoben wird. Das Gesetz wird im Januar 2024 in Kraft treten (*The Guardian*, 26. Juli 2023). *European Union Agency for Asylum* (EUAA) gibt an, dass die Zahl der Männer, die zum Wehrdienst eingezogen werden konnten, bisher auf jährlich 1,2 Millionen geschätzt wurde. Etwa die Hälfte davon erhielt einen Einberufungsbescheid mit der Aufforderung, sich bei einem örtlichen Rekrutierungsbüro zu melden. Männer, die zum Wehrdienst verpflichtet sind, müssen das örtliche Rekrutierungsbüro über ihren Wohnort und jede weitere Änderung informieren. Nach dem Ende der Wehrpflicht werden ehemalige Wehrpflichtige in der Reserve registriert (EUAA, Dezember 2022).

2.1 Rekrutierungsprozess

Erste militärische Registrierung mit medizinischem Test bereits im Alter von 16 bis 17 Jahren. Laut EUAA unterziehen sich junge Männer im Alter von 16 bis 17 Jahren vor der Einberufung zum Militärdienst einer militärischen Erstregistrierung, die von den Rekrutierungsbüros durchgeführt wird. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums dient die Erstregistrierung dazu, «die Zahl der Wehrpflichtigen festzulegen und festzustellen, ob sie medizinisch für den Militärdienst geeignet sind», sowie ihren Bildungsstand für die weitere Ausbildung zu beurteilen. Bei der medizinischen Untersuchung werden die Wehrpflichtigen in

1 <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte>.

Kategorien eingeteilt, die ihre physische und psychische Tauglichkeit für den Dienst in der Armee definieren (EUAA, Dezember 2022).

Elektronische Zustellung von Einberufungen an Wehrpflichtige und mobilisierte Reservisten. Diese Einberufungen gelten unmittelbar nach ihrer Versendung als zugestellt, und den benachrichtigten Personen ist es untersagt, das Land zu verlassen. Beschlagnahme von Reisepässen. Laut *Associated Press News* (AP) unterzeichnete der russische Präsident Putin im April 2023 ein Gesetz, das es den Behörden erlaubt, elektronische Benachrichtigungen an Wehrpflichtige und Reservisten zu versenden. Bisher sahen die russischen Wehrdienstvorschriften vor, dass Benachrichtigungen persönlich per Briefpost an Wehrpflichtige und Reservisten, die zum Dienst einberufen wurden, gesendet werden mussten. Nach dem neuen Gesetz werden die von den örtlichen Einberufungsämtern ausgestellten Bescheide weiterhin per Post versandt, gelten aber bereits dann als gültig, wenn sie im staatlichen Portal für elektronische Dienstleistungen eingestellt werden (AP, 14. April 2023). Laut *Time* gelten elektronische Einberufungen an Wehrpflichtige als offiziell zugestellt, sobald sie im digitalen Briefkasten einer Person ersichtlich sind, die in der Folge das Land nicht mehr verlassen darf (Time, 12. April 2023). Laut *Meduza* gilt eine militärische Einberufung sieben Tage nach ihrer Veröffentlichung im einheitlichen Einberufungsregister offiziell als zugestellt, unabhängig davon, ob sie elektronisch über das staatliche Portal für elektronische Dienstleistungen («Gosuslugi») übermittelt oder per Briefpost oder persönlich übergeben wurde. Ab diesem Zeitpunkt kann der Empfänger das Land nicht mehr verlassen. Ausserdem wird von den Eingezogenen erwartet, dass sie das Register selbst im Auge behalten. Wenn sie die Einberufungsmittelung verpassen, tragen sie dafür rechtlich die Verantwortung (*Meduza*, 12. April 2023). Laut *The Guardian* verbietet ein neues Gesetz, das im Juli 2023 vom russischen Parlament verabschiedet wurde und im Januar 2024 in Kraft tritt, den Wehrpflichtigen, das Land zu verlassen, sobald ihnen die Einberufungsbehörde den Einberufungsbescheid geschickt hat (*The Guardian*, 26. Juli 2023). *Mediazona* bestätigt, dass mit diesem neuen Gesetz das Verbot, das Land zu verlassen, sofort gilt, sobald die Vorladung im elektronischen Register eingetragen wurde, unabhängig davon, ob die Vorladung der Person auch noch persönlich oder per Post übermittelt wurde (*Mediazona*, 25. Juli 2023). Laut *Meduza* unterzeichnete Präsident Putin im Juni 2023 ein Gesetz, das in 180 Tagen in Kraft treten wird und die Wehrpflichtigen dazu verpflichtet, ihre Pässe innerhalb von fünf Tagen nach dem Datum ihrer Einberufung bei den Behörden abzugeben. Wer dieser Verpflichtung ohne triftigen Grund nicht nachkommt, dessen Pass wird für ungültig erklärt (*Meduza*, 13. Juni 2023).

Einschränkungen der Beschwerdemöglichkeiten gegen Entscheid über die Einberufung zum Wehrdienst. Laut *Meduza* wurde mit den im April 2023 verabschiedeten Änderungen die frühere Garantie aufgehoben, dass der Staat in allen Fällen, in denen gegen das Wehrpflichtgesetz verstossen wird, eine*n Pflichtverteidiger*in zur Verfügung stellt. Während zuvor jeder Einberufungsbefehl bei einer Anfechtung automatisch ausgesetzt wurde, wird diese Bestimmung mit dem neuen Gesetz abgeschafft. Darum bleibt der Einberufungsbefehl während des Beschwerdeverfahrens in Kraft, auch wenn eine betroffene Person vor einem Gericht oder einer höheren Militärbehörde gegen einen Einberufungsbefehl Beschwerde einlegt. Folglich muss auch eine Person, die aus medizinischen oder anderen Gründen nicht für den Wehrdienst in Frage kommt, der Armee beitreten, auch wenn sie gegen die Einberufungsentscheidung Beschwerde einlegt (*Meduza*, 12. April 2023).

Druck auf Wehrpflichtige, Verträge zu unterzeichnen, um sie zum Kampf in die Ukraine zu schicken. Laut dem *Danish Immigration Service* (DIS) üben russische Militäroffiziere im

ganzen Land Druck auf Wehrpflichtige aus, damit sie einen Vertrag mit der Armee unterschreiben, um an die Front geschickt werden zu können. Ein Soldat, der einen Vertrag unterzeichnet hat, kann diesen nicht wieder eigenmächtig auflösen (DIS, Dezember 2022).

Gesetzliche Lage: Ab vier Monaten Ausbildung ist Einsatz Wehrpflichtiger im Ausland wie zum Beispiel der Ukraine möglich. Kriegsrecht erlaubt frühere Entsendung. Einsatz in annektiertem Gebiet ist sofort möglich. Nach russischem Recht ist es illegal, Wehrpflichtige in Kampfgebiete im Ausland zu entsenden, wenn die Wehrpflichtigen weniger als vier Monate Ausbildung haben. Krieg und Kriegsrecht erlauben es Russland jedoch, Wehrpflichtige in Kampfgebiete zu entsenden, bevor die Wehrpflichtigen vier Monate Ausbildung absolviert haben. Da der russische Präsident Wladimir Putin in Russland das Kriegsrecht mit unterschiedlichem Dringlichkeitsgrad ausgerufen hat, können die russischen Behörden Wehrpflichtige im Krieg in der Ukraine einsetzen, ohne dass diese die ansonsten vorgeschriebene viermonatige Ausbildung absolviert haben. Die Annexion von vier ukrainischen Regionen bedeutet auch, dass Wehrpflichtige im Krieg eingesetzt werden können, da das russische Recht den Einsatz von Wehrpflichtigen auf russischem Boden nicht verbietet. In dieser Situation spielt es keine Rolle, wie viele Monate der Ausbildung die Wehrpflichtigen absolviert haben (DIS, Dezember 2022). Laut der E-Mail, die der SFH am 18. Juni 2023 von *Kontaktperson B*² geschickt wurde, verbietet das russische Gesetz nicht, Wehrpflichtige in den Krieg zu schicken (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson B).

2.2 Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Zivildienst als Alternative zum Militärdienst

Eine Person, die zum obligatorischen Militärdienst einberufen oder mobilisiert wird, kann im Prinzip beantragen, sich für einen alternativen Zivildienst zu entscheiden. Diese Option scheint jedoch seit Beginn des Krieges in der Ukraine ausgesetzt worden zu sein. Ein Gericht gab an, dass nur Wehrpflichtige unter 27 Jahren dies in Anspruch nehmen können. Laut DIS ist es für einen Bürger möglich, den Wehrdienst durch einen alternativen Zivildienst zu ersetzen, und zwar gemäss Artikel 59 Absatz 3 der Verfassung. Dazu müssen die moralischen, religiösen oder säkularen Überzeugungen des Bürgers im Konflikt mit dem Militärdienst stehen. Seit Beginn des Krieges scheint diese Option nicht mehr möglich zu sein. Drei von DIS befragte Quellen gaben an, dass es zwar keine Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen gegeben habe, die einen alternativen Zivildienst für potenzielle Wehrpflichtige oder Reservisten ermöglicht hätten. Laut DIS, das sich auf Informationen von zwei Quellen stützt, ist die offizielle Position, dass dieser alternative Dienst während der Mobilisierungsphase nicht angeboten wird, obwohl laut einer anderen Quelle seit Beginn der Mobilisierung viele Personen einen solchen Dienst beantragt hätten. Eine dieser Personen ist ein Mann namens Kirill Berezin, der nach seiner Einberufung zur Mobilisierung einen Antrag auf einen alternativen Zivildienst stellte. Der Antrag wurde abgelehnt und Kirill Berezin zu einer Militäreinheit in der Nähe der ukrainischen Grenze geschickt. Ein Gericht, das seine Klage abwies, stellte klar, dass der alternative Zivildienst nur für Wehrpflichtige unter 27 Jahren gilt (DIS, Dezember 2022).

² Kontaktperson B ist ein russischer Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist und verfügt über anerkanntes Fachwissen zu Fragen der Wehrpflicht.

Es ist schwierig, den Wehrdienst durch einen alternativen Zivildienst zu ersetzen, insbesondere aus Gründen persönlicher Überzeugungen. Laut der EUAA besagen die letzten verfügbaren Statistiken des Föderalen Dienstes für Arbeit und Beschäftigung (Rostrud), dass am 1. August 2022 1166 junge Männer für den alternativen Zivildienst registriert waren. Die Quelle war nicht in der Lage, Statistiken für die zweite Hälfte des Jahres 2022 zu finden. Von der EUAA befragte Quellen gaben an, dass es schwierig sei, den Wehrdienst durch einen alternativen Zivildienst zu ersetzen. Eine der Schwierigkeiten besteht darin, dass ein Antrag auf einen alternativen Zivildienst spätestens sechs Monate vor Beginn der Einberufung bei einem militärischen Rekrutierungsbüro eingereicht werden muss. Neben der Überschreitung dieser Frist werden Anträge häufig abgelehnt, weil die Gründe für den Antrag auf alternativen Zivildienst nicht ausreichend dargelegt sind, weil der Antragsteller falsche Angaben gemacht hat, weil keine freien Stellen verfügbar oder geeignet sind oder weil der Wehrdienst in der Vergangenheit nicht abgeleistet wurde. Es scheint schwieriger zu sein, diesen alternativen Zivildienst aus Gründen der persönlichen Überzeugung zu erhalten als aus Gründen der religiösen Überzeugung (EUAA, 17. Februar 2023).

3 Zwangsrekrutierung in Tschetschenien

Wehrpflicht 2014 wieder eingeführt mit dem Ziel, 500 Wehrpflichtige pro Jahr zu rekrutieren. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine verspricht der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow 200 «Freiwillige» pro Woche. Mehr als 20'000 tschetschenische Soldaten werden schliesslich in die Ukraine entsandt. Laut der EUAA unterscheidet sich die militärische Rekrutierung in Tschetschenien von derjenigen in Russland. Dort wurde der Wehrdienst 2014 nach einer Vereinbarung zwischen dem Präsident der russischen Teilrepublik Tschetschenien Ramsan Kadyrow und dem russischen Verteidigungsministerium, welche die Rekrutierung von 500 Wehrpflichtigen pro Jahr vorsah, wieder eingeführt. Nach der russischen Invasion in der Ukraine kündigte Kadyrow seine Absicht an, 200 tschetschenische Freiwillige pro Woche in die Ukraine zu schicken (EUAA, Dezember 2022). Laut DIS wurden bis Juni 2022 1360 «Freiwillige» und bis Ende August 2022 fast 5000 «Freiwillige» rekrutiert (DIS, Dezember 2022). Die EUAA gibt an, dass der Rechtsstatus dieser «Freiwilligen» unklar ist, da einige von ihnen ohne Verträge eingesetzt werden. Ab Juni 2022 wurden die so rekrutierten «Freiwilligen» Militäreinheiten, dem Privatunternehmen Wagner oder der Nationalgarde zugeordnet, häufig auf der Grundlage von Kurzzeitverträgen, die manchmal rückwirkend in ihrer Abwesenheit unterzeichnet wurden. Die EUAA zitiert Zahlen der tschetschenischen Behörden, denen zufolge seit Beginn des Krieges mehr als 20'000 tschetschenische Männer in der Ukraine eingesetzt wurden (EUAA, Dezember 2022). Im Februar 2023 berichtete die EUAA, dass Ramsan Kadyrow am 11. Januar 2023 behauptete, dass insgesamt 21'000 Tschetschenen in die Ukraine geschickt worden seien, um dort zu kämpfen (EUAA, 17. Februar 2023). *Euronews* zitierte ebenfalls die Gesamtzahl von 21'000 tschetschenischen Soldaten, die im Verlauf des Konflikts in der Ukraine im Einsatz gewesen sind. Gleichzeitig wies *Euronews* darauf hin, dass die Zahl der tschetschenischen Soldaten, die sich zu Beginn des Jahres 2023 in der Ukraine befanden, nach Schätzungen rund 9'000 betrug (*Euronews*, 20. Januar 2023).

Zwangsrekrutierung, sogar vor der Mobilisierung im September 2022. Erpressung, Drohungen, Entführungen und Folter, um widerspenstige «Freiwillige» zu überzeugen. Laut DIS führte die im September 2022 eingeleitete Teilmobilisierung zu einer Art Zwangsmobilisierung im ganzen Land, insbesondere aber in der Republik Tschetschenien, wo die

Methoden zur Rekrutierung von «Freiwilligen» bereits auf Zwangsrekrutierung hinausliefen. DIS weist darauf hin, dass ein Teil dieser «Freiwilligen» erpresst, bedroht oder entführt wurde. Tschetschenische Beamte sollen den Soldaten auch mit der Vergewaltigung oder Folterung von Familienmitgliedern gedroht haben, um sie zu überzeugen, sich zu melden. Die Behörden und Kadyrow selbst drohten widerspenstigen Personen mit dem Entzug von Sozialleistungen. Diese Zwangsrekrutierung wurde auch nach der Ausrufung der Mobilisierung im September 2022 fortgesetzt. Laut *Huseyn Aliyev*, Dozent für Sicherheitsstudien an der Universität von Glasgow, der von DIS zitiert wurde, wurden die rekrutierten Personen manchmal direkt aus ihren Häusern entführt und in Haftanstalten gebracht, wo sie geschlagen und gefoltert wurden, bevor sie in die Ukraine geschickt wurden (DIS, Dezember 2022). Nach Zahlen der Oppositionsbewegung 1ADAT, die von der EUAA zitiert wurden, wurden mindestens 130 Männer entführt, um sie gewaltsam in die Ukraine zu bringen (EUAA, Dezember 2022). Andere Quellen, wie *Human Rights Watch* (HRW) oder das von *The Moscow Times* zitierte russische Investigativmedium *The Insider*, behaupten ebenfalls, dass tschetschenische Männer unter Androhung von Gewalt gegen sie oder ihre Familien zum Einsatz gezwungen werden (HRW, 12. Januar 2023; *The Moscow Times*, 16. Juni 2022).

Männer, die versuchen, sich der Rekrutierung zu entziehen, werden als «Feiglinge» und «Verräter» beschimpft. Hohe Geldsummen werden verlangt, um sich der Rekrutierung zu entziehen. Laut *Radio Free Europe/Radio Liberty* (RFE/RL) besteht eine weitere Taktik der tschetschenischen Behörden bei ihrer Rekrutierungskampagne darin, Männer aus der Region, die sich weigern, sich den tschetschenischen Streitkräften in der Ukraine anzuschliessen, zu beschämen, indem Kadyrow sie im Oktober 2022 als «Lumpen und sonst nichts» bezeichnete. Die russische Menschenrechtsaktivistin *Svetlana Gannushkina* bezeichnete diese Taktiken als «primitiv» und «illegal» (RFE/RL, 10. November 2022). Gemäss *Caucasian Knot* erklärte der tschetschenische Führer Ramsan Kadyrow im September 2022, dass die für den Krieg in der Ukraine mobilisierten Männer, die aus dem Land flüchteten, um dem Krieg zu entkommen, «Feiglinge» und «Verräter» seien (*Caucasian Knot*, 22. September 2022). Laut der EUAA mussten einige Männer eine hohe Geldsumme zahlen, um der Rekrutierung zu entgehen. Die geforderten Geldbeträge lagen zwischen 200'000 und 500'000 Rubel oder zwischen 1860 und 4645 Schweizer Franken³ (EUAA, 17. Februar 2023; Dezember 2022). Laut dem von der EUAA zitierten *Chefredakteur des Caucasian Knot* sollen im Jahr 2022 948 Tschetschenen die Region verlassen haben; im Vorjahr waren es 325 (EUAA, 17. Dezember 2023).

Kadyrov will die Rekrutierung von Soldaten für den Krieg in der Ukraine noch weiter intensivieren und verspricht, trotz des Endes der Mobilisierung Einberufungen zum Militärdienst zu verschicken. Laut *Radio Free Europe/Radio Liberty* (RFE/RL) erklärte Ramsan Kadyrov im November 2022, dass er die Zahl der in die Ukraine entsandten Tschetschenen weiter erhöhen werde und dass potenziell vielleicht zwischen 300'000 und 400'000 Männer in Tschetschenien rekrutiert werden könnten. Er ermutigte seine Bürger auch, ein militärisches Rekrutierungsbüro aufzusuchen, und behauptete erneut, dass das offizielle Alter für die Rekrutierung keine Rolle spiele. Ende Oktober 2022, als die Teilmobilisierung offiziell beendet wurde, kündigte Kadyrow an, dass die Einberufungen trotz allem weiter verschickt würden, und fügte hinzu, dass er zusätzliche Reserveeinheiten schaffen wolle (RFE/RL, 10. November 2022).

³ Nach dem Wechselkurs vom 21. August 2023

Regierungs- oder kriegskritische Personen und ehemalige tschetschenische Aufständische besonders im Visier der Zwangsrekrutierung. Laut DIS richtete sich die Zwangsrekrutierung der tschetschenischen Behörden nach der Ausrufung der Mobilmachung im September 2022 insbesondere gegen Personen, die der Regierung oder dem Krieg in der Ukraine kritisch gegenüberstanden, oder gegen andere Personen, die im Visier der tschetschenischen Behörden standen (DIS, Dezember 2022). Laut *Khizir Suleimanov*, einem Tschetschenen, der die tschetschenische Separatistenbewegung im deutschen Exil vertritt und von RFE/RL interviewt wurde, war die Mobilisierung in Tschetschenien selektiv, wobei ehemalige tschetschenische Aufständische aus den Kriegen gegen Russland sowie deren Angehörige besonders ins Visier genommen wurden. Dasselbe gilt für die Söhne, Ehemänner und andere Familienmitglieder von Protestierenden (RFE/RL, 10. November 2022). Die EUAA weist darauf hin, dass Menschenrechts-NGOs berichtet haben, dass die Behörden insbesondere junge Männer ins Visier genommen haben, die bereits im Fokus der Behörden standen (EUAA, 17. Februar 2023).

Die tschetschenischen Bataillone in der Ukraine werden als «private Wegwerfarmee» betrachtet, deren hohe Verluste für die russischen Machthaber akzeptabel sind. Sie sind oft mit der «Drecksarbeit» betraut, wie zum Beispiel Disziplin durchzusetzen und Desertionen zu verhindern/bestrafen. *Euronews* zufolge sind die fast 9000 tschetschenischen Männer, die in der Ukraine kämpfen, als «Kadyrowzy» oder «Kadyrowiten» bekannt. Laut *Jean-François Ratelle*, einem Experten für den Tschetschenienkonflikt, der von *Euronews* interviewt wurde, können die tschetschenischen Truppen mit einer «privaten Wegwerfarmee» verglichen werden, deren Verluste von den russischen Machthabern leichter hingenommen werden können. *Euronews* zitiert einen Artikel der BBC, demzufolge Soldaten aus russischen Regionen mit muslimischer Mehrheit zehnmal häufiger sterben als Soldaten aus Moskau. Die tschetschenischen Soldaten hätten besonders hohe Verluste erlitten. Laut *Jean-François Ratelle* erledigen tschetschenische Soldaten in der Ukraine oft die «Drecksarbeit», indem sie unzufriedene russischen Soldaten «disziplinieren» und manchmal Deserteure hinrichten (*Euronews*, 20. Januar 2023). Laut EUAA wurden tschetschenische Soldaten vor allem in Stadtkämpfen, bei der Sicherung der von Russland besetzten Gebiete, bei der Bewachung von Kriegsgefangenen und zur Verhinderung der Desertion russischer Soldaten eingesetzt (EUAA, Dezember 2022).

4 Folgen einer Dienstverweigerung

4.1 Rechtliche Sanktionen für Wehrpflichtige

Geldstrafe für Nichterscheinen beim Einberufungsamt. Die Verantwortlichkeit einer Person für wiederholtes Nichterscheinen nach einer Vorladung zum Einberufungsamt ist nach Angaben des *European Legal Network on Asylum (ELENA)* in Artikel 21.5 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten mit einer Verwarnung oder einer Geldstrafe von 500 bis 3000 Rubel (4.50 bis 27 Schweizer Franken)⁴ festgelegt. Die Verjährungsfrist für die verwaltungsrechtliche Haftung bei Nichterscheinen auf Vorladung fällt laut ELENA mit drei Jahren lang aus. (ELENA, Dezember 2022). *Kontaktperson E*⁵ von der russischen NGO *OVD-Info* bestätigte

⁴ Umrechnungskurs vom 30. August 2023.

⁵ Kontaktperson E ist für die russische NGO *OVD-Info* tätig. *OVD-Info* ist eine unabhängige russische Menschenrechts- und Mediengruppe. Ihre Arbeit konzentriert sich vor allem auf das Recht auf

der SFH ebenfalls, dass aktuell noch eine Verwaltungsstrafe von 500 bis 3000 Rubel für das Nichterscheinen vorgesehen sei (E-Mail-Auskunft vom 28. August 2023 von Kontaktperson E). Die *Kontaktpersonen F*⁶ und *G*⁷ wiesen darauf hin, dass sich die Rechtsvorschriften in den letzten Monaten erheblich geändert hätten und mittlerweile Geldstrafen für das Nichterscheinen bei Vorladungen in Höhe von bis zu 30'000 Rubel (zirka 272 Schweizer Franken) eingeführt wurden (Auskünfte via Instant Messenger vom 29. und 30. August 2023 von den Kontaktpersonen F und G). Diese Summe entspreche mehr als zwei Drittel des mittleren Monatsgehalts in der Russischen Föderation (Auskunft via Instant Messenger vom 29. August 2023 von Kontaktperson F). Auch *The Guardian* berichtet, dass das russische Parlament Ende Juli 2023 einen Gesetzentwurf verabschiedet hat, der vorsieht, die Geldstrafen für Männer, die sich nach Erhalt eines Einberufungsbescheids zum Militärdienst nicht melden, erheblich zu erhöhen. Die Geldstrafe soll ab dem 1. Oktober 2023 von 3'000 auf 30'000 Rubel erhöht werden (*The Guardian*, 26. Juli 2023). *Kontaktperson G* gab der SFH an, dass mit dem neuen Gesetz die «Vermutung der Zustellung einer Vorladung an das Zentrum für die Einberufung zum Militär» eingeführt worden sei. Dies bedeute, dass es für die Verhängung eines Bussgeldes wegen Nichterscheinens in einem militärischen Rekrutierungszentrum nicht relevant sei, ob die betroffene Person die Vorladung tatsächlich erhalten hat (Auskunft via Instant Messenger vom 30. August 2023 von Kontaktperson G). *Kontaktperson B* gab der SFH an, dass das Bussgeld für das Nichterscheinen verhängt werde, wenn die betroffene Person das Datum oder die Uhrzeit verpasse; also in Fällen, wenn die Vorladung eingegangen ist und der Betroffene nicht die Absicht hatte, sich dem Dienst zu entziehen (E-Mail-Auskunft vom 31. August 2023 von Kontaktperson B).

Wiederholtes Nichterscheinen auf eine Vorladung kann nach Artikel 328 mit bis zu zwei Jahre Haft bestraft werden. Wenn eine Person nach persönlicher und rechtmässiger Zustellung von zwei oder mehr Vorladungen nicht erscheint, wird sie nach Artikel 328 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation strafrechtlich verfolgt (ELENA, Dezember 2022). Auch *Kontaktperson E* wies darauf hin, dass ein Wehrpflichtiger, der systematisch Vorladungen ohne triftige Gründe ignoriert, mit einer Strafverfolgung und einer Strafe von bis zu zwei Jahren Haft rechnen müsse (E-Mail vom 28. August 2023 von Kontaktperson E). *Kontaktperson B* gab der SFH an, dass die Absicht entscheidend sei, ob ein Bussgeld verhängt oder eine Strafverfolgung gestartet wird. Es handle sich entsprechend um eine Straftat, wenn sich ein Wehrpflichtiger absichtlich verstecke und versuche zu fliehen, obwohl er zur Einberufung verpflichtet ist. Meistens gehe es bei der Unterscheidung in dieser Sache um Beweise und Details (E-Mail-Auskunft vom 31. August 2023 von Kontaktperson B). Laut DIS stellt das Entziehen oder die Verweigerung der Teilnahme am obligatorischen Militärdienst eine Straftat dar, wie in Artikel 328 des Strafgesetzbuchs festgelegt. Eine Person, die eines solchen Vergehens für schuldig befunden wird, kann zu einer Geldstrafe von bis zu 200'000 Rubel (zirka 1875 Schweizer Franken), bis zu sechs Monaten Haft, zwei Jahren Gefängnis, zwei Jahren gemeinnütziger Arbeit oder der Beschlagnahmung ihres Einkommens für 18 Monate verurteilt werden. Dieser Gesetzesartikel gilt nur für Wehrpflichtige (DIS, Dezember 2022). Laut EUAA gelten die in Artikel 328 vorgesehenen Strafen nur, wenn die Person von einem Gericht als

Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäusserung. Seit dem Beginn der «Spezialoperation» in der Ukraine haben sie zudem die Strafverfolgung in Russland im Zusammenhang mit Kritik am Krieg dokumentiert.

⁶ Kontaktperson F ist für eine russische Koalition von Anwält*innen und Expert*innen russischer Menschenrechtsorganisationen für Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen tätig. Die Koalition hat sich seit dem Beginn der «Spezialoperation» im März 2022 gebildet.

⁷ Kontaktperson G ist für eine russische Bewegung tätig, die russische Wehrdienstverweigerer rechtlich und psychologisch unterstützt.

Wehrdienstverweigerer verurteilt wurde. Eine entsprechende Strafverfolgung kann eingeleitet werden, wenn eine Person die Einberufung zum Wehrdienst ignoriert und sich nach Erhalt eines Einberufungsbescheids nicht beim Rekrutierungsbüro oder an einem Sammelplatz für den Aufbruch zu einer militärischen Einheit meldet. Nach Artikel 328 sind auch Handlungen strafbar, wie sich selbst eine Verletzung zuzufügen, um sich dem Militärdienst zu entziehen, nicht zu einer ärztlichen Untersuchung zu erscheinen oder sich gefälschte Dokumente zu beschaffen, um eine Befreiung vom Militärdienst zu erhalten (EUAA, Dezember 2022).

Zusätzliche Sanktionen für Befehlsverweigerer, unter anderem Verbot, einen Kredit zu beantragen oder bestimmte Waren zu verkaufen, Aussetzung des Führerscheins. Laut *Meduza* dürfen Personen, die zum Militärdienst einberufen werden und sich nicht innerhalb von 20 Tagen zum Dienst melden, sich nicht mehr als selbstständiger Unternehmer registrieren lassen, als Freiberufler arbeiten, einen Kredit beantragen, ein Fahrzeug fahren oder einen Fahrzeugschein registrieren lassen. Das neue Gesetz verleiht den russischen Regionalbehörden zusätzliche Befugnisse, die es ihnen ermöglichen, weitere Beschränkungen einzuführen. So können sie beispielsweise die Zahlung von Zuschüssen an Waisen, die möglicherweise zum Militärdienst eingezogen werden, so lange aussetzen, bis sie sich bei der Einberufungsbehörde melden (*Meduza*, 12. April 2023). *AP News* zufolge wird Männern, die eine Einberufung zur Wehrpflicht erhalten und dieser nicht nachkommen, nach einem neuen Gesetz, das Präsident Putin im April 2023 unterzeichnete, verboten, das Land zu verlassen; ihr Führerschein wird eingezogen und sie dürfen ihre Wohnung oder andere Besitztümer nicht mehr verkaufen (*AP*, 14. April 2023). Laut *Time* drohen Personen, die sich der Einberufung zum Militärdienst entziehen, nach dem im April 2023 verabschiedeten Gesetz Strafen, die vom Entzug des Führerscheins bis zum Verbot der Aufnahme von Bank- und Hypothekendarlehen reichen (*Time*, 12. April 2023). Die *Kontaktpersonen E, F und G* bestätigten, dass für das Nichterscheinen in einem militärischen Rekrutierungszentrum derartige Massnahmen verhängt werden können (Auskünfte via E-Mail und Instant Messenger vom 28., 29. und 30. August 2023 von den Kontaktpersonen E, F und G). Die Massnahmen würden ohne Gerichtsbeschluss verhängt und müssten nicht zwingend gerichtlich überprüft werden (Auskunft via Instant Messenger vom 30. August 2023 von Kontaktperson G).

4.2 Rechtliche Sanktionen für mobilisierte Personen⁸

Gemäss Artikel 21.5 des Gesetzes über Verwaltungsübertretungen muss eine Person, die einer Einberufung nicht Folge leistet, mit einer Geldstrafe rechnen. Diese kann ab Oktober 2023 bis zu 30'000 Rubel betragen. Laut DIS stellt es eine Verwaltungsübertretung gemäss Artikel 21.5 des Kodex für Verwaltungsübertretungen dar, wenn sich eine mobilisierte Person einer militärischen Einberufung entzieht, indem sie beispielsweise nach mehreren Einberufungen nicht zur Meldestelle kommt. Eine Person, die eines solchen Verstosses für schuldig befunden wird, muss mit einer Geldstrafe zwischen 500 und 3000 Rubel beziehungsweise 4,7 bis 28 Schweizer Franken rechnen (DIS, Dezember 2022). Laut der EUAA kann diese Geldstrafe auch gegen eine Person verhängt werden, die Militäroffiziere nicht über einen Wohnsitzwechsel informiert (EUAA, Dezember 2022). Wie bereits erwähnt wurde die Geldstrafe ab Oktober 2023 von 3'000 auf 30'000 Rubel oder umgerechnet 272 Schweizer Franken erhöht (*The Guardian*, 26. Juli 2023). Laut *Newsweek* unterzeichnete Präsident Putin

⁸ Mobilisierte Personen wurden spezifisch für den Krieg in der Ukraine im Rahmen einer Teilmobilmachung (wie diejenige im Herbst 2022) einberufen und nicht im Rahmen der regulären, zweimal jährlich stattfindenden, Einberufung zum Militärdienst.

das Gesetz am 30. Juli 2023. Sein Ziel ist es, Menschen davon abzuhalten, sich den Einberufungen zum Militär zu entziehen, da die russische Regierung angeblich eine zweite Mobilisierung in Erwägung zieht, um seine Streitkräfte in der Ukraine zu verstärken (*Newsweek*, 1. August 2023).

Artikel 328 nicht auf Mobilisierte anwendbar. Der Artikel 328 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation, der die Umgehung der Wehrpflicht ahndet, ist nach Angaben von *Kontaktperson E* nicht auf mobilisierte Wehrpflichtige anwendbar. Dies sei bereits 2008 vom Plenum des Obersten Gerichtshofs erklärt und in einem Verfahren im Herbst 2022 bestätigt worden (E-Mail-Auskunft vom 28. August 2023 von Kontaktperson E).

4.3 Informelle Folgen der Dienstverweigerung

Die russischen Behörden verfügen über ein breites Spektrum an Instrumenten, um einen «unerwünschten» Bürger informell zu bestrafen. Justizsystem unter Einfluss der Exekutive. In einem Bericht vom September 2022 über die Folgen der Verweigerung des Dienstes in der russischen Armee in der Ukraine stellte die SFH fest, dass laut Informationen einer *Kontaktperson*, die eine russische Menschenrechtsaktivistin ist, in Russland keine Rechtsstaatlichkeit herrsche und das Justizsystem unter dem Einfluss der Exekutive stehe. Daher können russische Staatsangehörige ihre Rechte oft nicht verteidigen, insbesondere in Fällen, in denen es um «politische Fragen» geht. Den Behörden steht ein sehr breites Arsenal zur Verfügung, um «ungehorsame» Staatsangehörige zu bestrafen, ohne diese formell zu unterdrücken. Die SFH erwähnt im Bericht vom September 2022 eine andere *Kontaktperson*, einen russischen Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivisten. Seinen Aussagen gemäss kann eine Person, die sich weigert, am Krieg in der Ukraine teilzunehmen, beispielsweise entlassen werden, ihr das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen, sie als «Extremist» eingestuft oder ihre Finanzkonten gesperrt werden. Auch die Angehörigen könnten ins Visier geraten, zum Beispiel durch strafrechtliche Verfolgung, auch ohne triftigen Grund. Die SFH zitiert auch eine Information des *Rechtsanwalts Maxim Grebenyuk* gegenüber *Meduza*, wonach einige Soldaten, die sich weigerten, in der Ukraine zu kämpfen, einen Stempel auf ihre Dienstzeugnisse mit dem Vermerk «anfällig für Verrat, Täuschung und Lüge» erhalten haben. Zweck dieses Stempels ist es, das Leben dieser Soldaten zu ruinieren, indem ihre künftigen beruflichen Optionen eingeschränkt werden (SFH, 29. September 2022).

Keine Rechtsstaatlichkeit oder Einhaltung regulärer Verfahren in Tschetschenien. Das Justizsystem wird dazu benutzt, jegliche Opposition zu unterdrücken. Laut *Kontaktperson A*⁹ ist Tschetschenien mit einer Diktatur vergleichbar, in der die Menschenrechte nicht geachtet werden. Auf Befehl von Präsident Ramsan Kadyrow kann jede Person, die er als Feind betrachtet, geschlagen, eingesperrt oder getötet werden (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson A). Nach Einschätzung von *Kontaktperson B* gibt es in Tschetschenien keinen Respekt vor dem Gesetz und den offiziellen Verfahren (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson B). Zwei von DIS befragte Quellen behaupten, dass die tschetschenischen Behörden jede Menschenrechtsverletzung begehen können, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden (DIS, Dezember 2022). Laut dem *US Department of State* (USDOS) können in Tschetschenien politische Aktivisten und alle Personen, die das Regime von Ramsan Kadyrow kritisieren, entführt und gefoltert werden. Die

⁹ Kontaktperson A ist russischer Journalist im Exil.

Sicherheitsdienste hielten Häftlinge manchmal wochenlang in Einzelhaft, ohne die Möglichkeit, eine Rechtsvertretung zu sehen. Das Justizsystem dient häufig als Mittel der Vergeltung gegen Personen, die Ramsan Kadyrow kritisch gegenüberstehen (USDOS, 20. März 2023).

Familienmitglieder von Personen, die sich «falsch verhalten», tragen ein hohes Risiko, Opfer von Drohungen und Menschenrechtsverletzungen zu werden. Laut *Kontaktperson A* werden die tschetschenischen Sicherheitskräfte von der Logik geleitet, dass die Familie für das Verhalten einer Person verantwortlich ist. Wenn die Behörden also der Ansicht sind, dass eine Person falsch gehandelt hat und ein «Feind» sei, dann könne die gesamte Familie bestraft werden. Die Entführung und Folterung von Verwandten von Regimegegnern sei in Tschetschenien an der Tagesordnung (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson A). USDOS bestätigt, dass es in Tschetschenien nicht ungewöhnlich ist, dass Familienmitglieder für Vergehen bestraft werden, die von ihren Angehörigen verursacht wurden (USDOS, 20. März 2023). Laut DIS gab eine Gruppe von Frauen am Tag der Ankündigung der Mobilisierung bekannt, dass sie gegen die Entsendung ihrer Ehemänner und Söhne in den Krieg protestieren würde. Die Reaktion der Behörden war sehr drastisch und wenige Minuten nach der Versammlung der Frauen wurden sämtliche Teilnehmende von der Polizei festgenommen. Darüber hinaus nahmen die Sicherheitskräfte ihre männlichen Verwandten fest und schickten sie in die Ukraine. Das Schicksal der Frauen selbst war zum Zeitpunkt der Erstellung des DIS-Berichts unbekannt (DIS, Dezember 2022).

Kadyrow befürwortet härtere Sanktionen gegen «parasitäre» Personen, die sich dem Militärdienst entziehen. Auch gegen ihre Familienmitglieder sollen wirtschaftliche Strafen verhängt werden. Laut der Menschenrechtsaktivistin *Svetlana Gannuschkina*, die von der EUAA zitiert wurde, besteht die Gefahr, dass tschetschenische Personen, die sich weigern, an den Kämpfen in der Ukraine teilzunehmen, sowie ihre Familienangehörigen von den Behörden verfolgt werden. Unter Berufung auf Informationen des russischen Mediums *The Insider* berichtet die EUAA, dass es Drohungen gegeben habe, Familienmitglieder zu entführen und festzunehmen oder sexuelle Gewalt gegen weibliche Familienmitglieder einzusetzen (EUAA, Dezember 2022). Als Kadyrow im November 2022 die von russischen Abgeordneten vorgeschlagenen Gesetzesänderungen kommentierte, sagte er, dass Personen, die sich dem Militärdienst entziehen, nicht nur inhaftiert, sondern auch zu hohen Geldstrafen verurteilt und dann an die Front geschickt werden sollten. Der tschetschenische Führer schlug ausserdem vor, härtere Strafen für diese Personen zu verhängen und die tschetschenischen Soldaten, die in der Ukraine kämpfen, selbst entscheiden zu lassen, welche Strafe sie erhalten sollen. Kadyrow schlug ausserdem vor, Personen, die sich dem Militärdienst entziehen, wirtschaftlich zu bestrafen und ihnen eine Geldstrafe in Höhe von 50 Prozent der vom Staat für ihre Ausbildung, Behandlung und Sozialleistungen aufgewendeten Mittel aufzuerlegen (*Caucasian Knot*, 4. November 2022). Laut dem von der EUAA zitierten *Caucasian Knot* sagte Kadyrow im Juli 2022, dass Männer, die sich weigern, in die Ukraine zu gehen, «in die Hölle kommen» würden. Ende August 2022 bezeichnete er diese Männer als «Parasiten» und fügte hinzu, dass armen Familien, deren junge Männer sich weigern, in der Ukraine zu kämpfen, Sozialleistungen verweigert werden sollten (EUAA, Dezember 2022).

Ein Mann, der sich dem Militärdienst entzogen hat, wird höchstwahrscheinlich bestraft, indem er an die Front in der Ukraine geschickt wird. Auch seine Familienmitglieder könnten bestraft werden, indem ihnen zum Beispiel die medizinische Versorgung vorenthalten wird. Kadyrow ist befugt, in den Genehmigungsprozess für die Verlegung von Patient*innen aus Tschetschenien einzugreifen. Laut der E-Mail-Auskunft vom 18. August

2023 von *Kontaktperson C*¹⁰ besteht für einen Mann, der sich in Tschetschenien dem Militärdienst entzogen hat, ein sehr hohes Risiko, bestraft zu werden, indem er an die Front geschickt wird. Seine Familienmitglieder, einschliesslich seiner Kinder, laufen ebenfalls Gefahr, bestraft zu werden, indem sie beispielsweise von bestimmten Dienstleistungen wie der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen werden. Laut *Kontaktperson C* kontrolliert Kadyrow den Zugang zu staatlichen Ressourcen und Dienstleistungen sehr genau und kann sich sogar in Fragen der medizinischen Behandlung und des Zugangs zu Medikamenten einmischen, insbesondere, wenn eine Person für eine Behandlung, die in Tschetschenien nicht verfügbar wäre, in einen anderen Teil Russlands reisen muss (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson C). *Kontaktperson B* hat keine Kenntnis von Fällen, in denen Familienmitgliedern einer Person aufgrund des Verhaltens oder der Handlungen dieser Person die medizinische Versorgung vorenthalten wurde. Sie hält es jedoch für sehr wahrscheinlich, dass ein Mann, der sich dem Militärdienst entzogen hat, im Falle einer Rückkehr zwangsweise auf das Schlachtfeld in der Ukraine geschickt wird und sich somit nicht um seine Angehörigen kümmern kann (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson B). Laut der E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von *Kontaktperson D*¹¹ ist es für ein krebskrankes Kind in Tschetschenien sehr schwierig, eine qualitativ hochwertige Behandlung zu erhalten. Daher werden die Patienten häufig nach St. Petersburg und Moskau geschickt, um dort kostenlos behandelt zu werden. Diese Überweisung muss vom tschetschenischen Gesundheitsministerium genehmigt werden. Nach Einschätzung von *Kontaktperson D* werde ein Bürger, der die Einberufung zum Militärdienst verweigert hat, sicher nicht in den Genuss dieser medizinischen Versorgung für sein Kind kommen (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson D). *Kontaktperson A* zufolge sei es plausibel, dass ein Mann, der sich dem Militärdienst entzogen habe, mit ansehen muss, wie Familienmitglieder, zum Beispiel sein kranker Sohn, bestraft werden, indem er nicht die erforderliche medizinische Versorgung erhält (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson A).

5 Anwendung der gesetzlichen Sanktionen gegen Personen, die den Dienst verweigern

Einberufung mittels Festnahmen in Wohnungen und auf der Strasse. *Kontaktperson F* wies darauf hin, dass ihre Organisation im Herbst 2022 und im Frühjahr 2023 im Zuge der regulären Einberufung (nicht der Mobilisierung) Fälle registriert habe, in denen die Polizei Bürger festgenommen und gewaltsam zum Einberufungsbüro gebracht habe. Die Menschen wurden demnach aus ihren Wohnungen abgeführt, auf der Strasse und in Hauseingängen gefangen genommen (Auskunft via Instant Messenger vom 29. August 2023 von Kontaktperson F).

564 Personen wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2022 verurteilt, weil sie sich dem obligatorischen Militärdienst entzogen hatten. 410 Strafverfahren wurden zwischen Mai und September 2022 vor Gericht gebracht. Laut EUAA und DIS, die sich auf Zahlen des Fernsehsenders RBC berufen, die auf der Datenbank des «Staatlichen Automatisierten Systems» (GAS) und des Moskauer Gerichts beruhen, wurden zwischen dem 1. Mai und dem 20. September 2022 in Russland 410 Strafverfahren wegen Wehrdienstverweigerung eingeleitet

¹⁰ Kontaktperson C ist eine bekannte russische Menschenrechtsaktivistin.

¹¹ Kontaktperson D ist eine russische Menschenrechtsaktivistin mit exzellenten Kenntnissen der Wehrpflichtproblematik.

(DIS, Dezember 2022). Die EUAA berichtet ausserdem, dass laut dem unabhängigen Medium *Bumaga*, das sich auf Daten der Justizabteilung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation beruft, in der ersten Hälfte des Jahres 2022 564 Personen wegen Wehrdienstverweigerung verurteilt wurden (EUAA, 17. Februar 2023). Laut der *New York Times* (NYT), die Statistiken des Obersten Gerichtshofs Russlands zitiert, wurden im gesamten Jahr 2022 1121 Personen wegen Flucht vor der Wehrpflicht verurteilt, doppelt so viele wie im Jahresdurchschnitt der letzten Jahre (NYT, 30. April 2023). Alle Verurteilten im ersten Halbjahr 2022 haben laut EUAA eine Geldstrafe erhalten und keine einzige Person wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt (EUAA, 17. Februar 2023). Nach Angaben der *Kontaktpersonen B und G* wurde im Jahr 2022 für die Umgehung des Wehrdienstes einmal eine Strafe in Form einer echten Haftstrafe verhängt (Auskünfte via E-Mail und Instant Messenger vom 29. und 31. August 2023 von den Kontaktpersonen B und G). In zwei Fällen sei laut *Kontaktperson G* eine bedingte Freiheitsstrafe verhängt worden. Die bisher eher geringe Zahl von Fällen mit Freiheitsstrafen sei nach Einschätzung von *Kontaktperson G* darauf zurückzuführen, dass keine erschwerenden im Strafgesetzbuch aufgeführten und anwendbaren Umstände auf die sich dem Wehrdienst entziehenden Personen angewandt werden konnten. Mittlerweile seien die Gesetze geändert worden und die Begehung einer Straftat während der Mobilisierung oder einer militärischen Aktion sei ein erschwerender Umstand. Dies bedeute nach Einschätzung von *Kontaktperson G*, dass Gerichte in Zukunft vermehrt Freiheitsstrafen für Wehrdienstverweigerung verhängen könnten (Auskunft via Instant Messenger vom 29. August 2023 von Kontaktperson G).

Bisher noch keine systematische Strafverfolgung gegen Personen, die sich weigern, sich bei Einberufungsstelle zu melden. Laut der EUAA, die Informationen eines Menschenrechtsanwalts zitiert, war die Umsetzung strengerer gesetzlicher Sanktionen für Verstösse gegen den Militärdienst im September 2022 in den zwei Monaten nach deren Verabschiedung noch immer selten und es gab nur eine begrenzte Anzahl von Fällen (EUAA, Dezember 2022). Für DIS gab es nur wenige Fälle, in denen Verwaltungsverfahren (Artikel 21.5 des Gesetzes über Verwaltungsübertretungen) gegen mobilisierte Personen eingeleitet wurden, die sich einer Vorladung entzogen hatten. Das war unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Militärregistrierungsbüros mit der Mobilisierung beschäftigt waren. Die Anwältin von OVD-Info, *Daria Korolenko*, sagte gegenüber DIS, dass zwischen November und Dezember 2022 und dem Ende der Teilmobilisierung Personen, die sich weigerten, die Militärregistrierungsbüros aufzusuchen, nicht ins Visier genommen wurden (DIS, Dezember 2022). Laut *Kontaktperson G* haben die nationalen Behörden bisher noch nicht systematisch Bürger strafverfolgt, die sich weigerten, sich bei der Einberufungsstelle zu melden. Dies gelte sowohl für Bürger, die zu einem «befristeten» Dienst einberufen wurden (einjährige Wehrpflicht), als auch für Bürger, die vom Staat mobilisiert wurden. Allerdings seien die Rechtsvorschriften jüngst erheblich verschärft worden und die zusätzlichen Massnahmen wie Ausreisesperre oder Einschränkung des Wohneigentums stellten einen beträchtlichen Eingriff in die Menschenrechte der Betroffenen dar (Auskunft via Instant Messenger vom 29. August 2023 von Kontaktperson G).

Die Strafverfolgung eines Mannes, der sich der Einberufung im Rahmen der Mobilisierung entzogen hatte, wurde eingestellt, da Artikel 328 nur auf Wehrpflichtige anwendbar ist. Laut *Meduza* wurde Ende September 2022 ein Verfahren nach Artikel 328 des Strafgesetzbuchs gegen Maxim Moisejew eingeleitet, einen 32-jährigen Mann, der sich zweimal geweigert hatte, nach Erhalt einer Einberufung im Rahmen der Mobilmachung im Büro für militärische Einberufung zu erscheinen. Wenige Tage nach seiner Festnahme Anfang Oktober 2022 wurde er freigelassen. Die Staatsanwaltschaft hielt das Strafverfahren gegen ihn für

rechtswidrig, da es sich auf ein Gesetz stützte, das nur für Männer gilt, die sich der Wehrpflicht entziehen, und nicht für eine Mobilmachung. Im Juli 2023 urteilte ein Bezirksgericht, dass der Angeklagte 200'000 Rubel als Entschädigung für die unrechtmässige Strafverfolgung erhalten sollte (*Meduza*, 15. Juli 2023). *Kontaktperson E* gab der SFH ebenfalls an, dass Artikel 328 nicht auf mobilisierte Wehrpflichtige anwendbar sei (E-Mail-Auskunft vom 28. August 2023 von Kontaktperson E).

6 Rückkehr Risiken für abgelehnte Asylsuchende oder gesuchte Personen

Nach Russland zurückgeschickte Tschetschenen und ihre Angehörigen sind einem hohen Verfolgungsrisiko ausgesetzt. Laut *Kontaktperson A* gibt es Berichte über schwere Bestrafungen von nach Russland zurückgeschickten tschetschenischen Personen und ihren Angehörigen. Die tschetschenische Polizei entführt diese Personen häufig bei ihrer Ankunft am Moskauer Flughafen. Laut *Kontaktperson A* besteht für Tschetschen*innen, deren Asylantrag in Europa abgelehnt wurde, ein hohes Risiko, bei ihrer Rückkehr nach Tschetschenien verfolgt zu werden (E-Mail-Auskunft vom 18. August 2023 von Kontaktperson A).

Kein Ort in Russland ist sicher für eine Person, die von den tschetschenischen Behörden gesucht wird. Laut *Gregory Shvedov, Chefredakteur des Caucasian Knot*, der vom DIS interviewt wurde, ist kein Ort in Russland sicher, wenn die tschetschenischen Behörden nach einer Person suchen, da die lokale tschetschenische Regierung eine Person ausserhalb der Republik leicht ins Visier nehmen kann (DIS, Dezember 2022). Die EUAA zitiert diese Information ebenfalls und fügt hinzu, dass im Februar 2023 ein tschetschenischer Mann, dem in den Niederlanden der Flüchtlingsstatus zuerkannt worden war, am Moskauer Flughafen festgenommen wurde. Der Betroffene reiste nach Moskau, um an der Beerdigung seines Vaters teilzunehmen. Die Polizei habe ihn in die Hände tschetschenischer Sicherheitskräfte übergeben (EUAA, 17. Februar 2023).

7 Quellen

AP, 14. April 2023:

« Russian President Putin on Friday signed a bill allowing authorities to issue electronic notices to draftees and reservists amid the fighting in Ukraine, sparking fears of a new wave of mobilization.

Russia's military service rules previously required the in-person delivery of notices to conscripts and reservists who are called up for duty. Under the new law, the notices issued by local military conscription offices will continue to be sent by mail but they would be considered valid from the moment they are put on a state portal for electronic services. In the past, many Russians avoided the draft by staying away from their address of record. The new law closes that loophole in an apparent effort to create a tool for quickly beefing up the military ahead of a widely anticipated Ukrainian counteroffensive in the coming weeks.

Recipients who fail to show up for service would be prohibited from leaving Russia, would have their drivers' licenses suspended and would be barred from selling their apartments and other assets. The bill signed into law by Putin was published on the official register of government documents. Kremlin critics and rights activists denounced the legislation as a step toward a "digital prison camp" that gives unprecedented powers to the military conscription offices. » Quelle : AP, Putin signs bill allowing electronic conscription notices, 14. April 2023: <https://apnews.com/article/russia-ukraine-war-draftmobilization-conscription-notices-bf18ad64dd08c9d11aab2e222cabfee9>

Caucasian Knot, 4. November 2022:

« Service evaders should be severely fined and then sent to the frontline, and not allowed to "sit out in a cell," Ramzan Kadyrov has stated in his comment on the legislation amendments offered by MPs.

The "Caucasian Knot" has reported that the head of Chechnya treated those who wouldn't go to Ukraine under mobilization as "cowards, traitors and second-sort people."

In his Telegram channel, Kadyrov has also suggested to toughen the punishment provided for by the bill for evading military service during mobilization. He urged not to "feed evaders at the expense of the state," but to give the "soldiers and officers who are now on the frontline the chance to choose the punishment" for evasion.

He has also offered to make use of economic methods either. "We need to calculate what help an evader had received from the state, how much was spent on his education, treatment and social benefits. At least 50% of the total amount received – this will be an adequate fine. And then go to dig trenches!" said the head of Chechnya has stated.

The initiative to introduce liability for evading military service during mobilization has lost its relevance due to the end of mobilization, Andrei Kartapolov, the chairman of the State Duma Defence Committee, and Vasily Piskaryov, the chairman of the Security Committee, have stated. » Quelle: Caucasian Knot, Head of Chechnya calls for tougher punishment for evading mobilization, 4. November 2022: <https://eng.kavkaz-uzel.eu/articles/61619>.

Caucasian Knot, 22. September 2022:

« The head of Chechnya, Ramzan Kadyrov, has stated that mobilization dodgers who line up at airports aiming to leave Russia are lazy guys and parasites. In his opinion, they are of no use for the country.

The "Caucasian Knot" has reported that Kadyrov had labelled those who wouldn't go to Ukraine as part of mobilization as "cowards, traitors and second-class people." [...] » Quelle: Caucasian knot, Ramzan Kadyrov treats dodgers leaving Russia as pitiful sight, 22. September 2022: <https://eng.kavkaz-uzel.eu/articles/61398/>.

DIS, Dezember 2022:

« Men in the military age have tried to evade mobilisation by leaving the country or hiding internally; by breaking their own arms or legs; or by obtaining forged health documents. If a

person refuses to receive a military summons or repeatedly fails to show up at the military enlistment office after receiving a summons, the military enlistment office can initiate an administrative case against the person in question, punishable with a fine from 500-3,000 rubles (8-50 euros). The Russian Supreme Court has emphasised that article 328 in the Russian Criminal Code regarding draft evasion solely applies to conscripts between 18-27 years and not mobilised persons.

In the meantime, Russian authorities have initiated the first cases on desertion and non-execution of an order in connection with the mobilisation. Experts assessed that a growing number of such cases is expected.

With the introduction of the partial mobilisation and the enforcement so far, experts argued that a kind of forceful mobilisation has taken place in the whole of Russia, and especially in the Republic of Chechnya. In some cases, the authorities have used the summons to mobilisation as a reprisal against critics. In connection with the demonstrations against the mobilisation in Russia, arrested male demonstrators and their lawyers received summons. As a result, many men fled Russia, including Chechnya, while others ignored the summons. In the Republic of Chechnya, the recruitment has since the start of the war been forceful.

On 28 October, the Russian Minister of Defence announced that Russia had mobilised the required soldiers, and President Putin declared the completion of the partial mobilisation on 31 October. Kremlin stated that a decree to end the mobilisation was unnecessary. This caused human rights advocates to speculate that President Putin's decree on mobilisation is still valid and ongoing. As the number of persons to be mobilised is clandestine, the mobilisation could restart any day.

Military officers are pressuring or persuading conscripts from all over Russia into signing contracts with the military, which would allow them to the front. For contract soldiers, it is currently not possible to cancel a contract. The exception is in case of dismissal from military service: persons reaching the age limit for military service; persons deemed unfit because of health reasons recognised by the military medical commission; and finally, persons convicted of a felony. [...]

Article 328 of the Russian Criminal Code criminalises evasion or refusal of participation in military service or alternative civil service. Such offenses are punishable with fines of up to 200,000 rubles (3,200 euros), confiscation of income for 18 months, community service for two years, arrest for up to six months or imprisonment for up to two years. The Russian Supreme Court announced that the article solely applies to conscripts.

In the event of mobilisation, punishment for evading military notices fall under article 21.5 of the Code of Administrative Offenses of the Russian Federation as a fine. If a person refuses to receive a summons, or repeatedly fails to show up at the military enlistment office after receiving a summons, the military enlistment office can initiate an administrative case against him. The fine is 500 to 3,000 rubles (8-50 euros).

There have only been a few of such cases as military enlistment offices have been busy with the mobilisation. As of November 2022, persons refusing to go to military enlistment offices are not targeted, according to the lawyer from OVD-Info Daria Korolenko.

On 1 November 2022, reports emerged that the Russian State Duma deputies plan to submit a bill to criminalise draft evasion during mobilisation. Draft evaders, who received a military summons, could then face fines of up to 500,000 rubles (8,000 euros), forced labour or up to five years in prison. According to the deputies, the law would not apply to the most recent round of mobilisation. However, later the same day, it was decided that the bill had lost its relevance. [...]

According to two interviewed sources, the risk of a criminal or administrative case is one of the main threats the government uses to drive people to military enlistment offices. Huseyn Aliyev stated that a person leaving Russia without having received a call-up notice, is not subjected to criminal prosecution.

According to estimates from the Russian media RBC, the number of criminal cases initiated after the start of the spring conscription in 2022 until 20 September 2022 reached 410. On 5 October 2022, the first verdict in a criminal case on draft evasion as part of the partial mobilisation was settled. The defendant was a 32-year-old man, Maxim Moiseyev, who refused to sign his call-up papers and subsequently failed to appear at the military enlistment office. The case was initiated under Article 328 of the Criminal Code. However, the case was later dropped. [...]

Pursuant to article 59, subsection 3 of the Russian Constitution, Russian citizens have a right to replace military service with alternative civil service if their moral, religious or secular convictions conflict with military service. Before 24 February 2022, close to 2,000 persons applied for alternative civil service each year, according to the Ministry of Defence. Of these, around 1,000 applications were approved. [...]

According to three interviewed sources, there has not been legal provisions to enable the alternative civil service for potential conscripts or reservists. Although one source was unaware of the extent it is respected and implemented in practice during mobilisation, he expected it to be ignored in most cases. Sergey Krivenko noted that many have applied for alternative civil service during the mobilisation. Claus Mathiesen opined that it is difficult to obtain alternative civil service. Two sourced stated that the official position is that alternative civil service is not provided during mobilisation. [...]

After the announcement of mobilisation, Kirill Berezin, a 27 year-old male from St. Petersburg, received a call-up notice. Berezin performed military service in 2014 and was called up from the reserve. He went to his local military enlistment office to fill out an application for alternative civil service, but was allegedly sent to a military unit close to the Ukrainian border. A court in St. Petersburg later rejected his lawsuit. The court reportedly ruled that alternative civil service is for regular conscripts under the age of 27.

In October 2022, the State Duma passed draft legislation stating that during mobilisation, persons performing alternative civil service can be relocated to civilian personnel positions within the Russian armed forces. On 4 November 2022, the president signed the bill. [...]

12.2 Forced recruitment in Chechnya

Regarding the Republic of Chechnya, the drafting of men has been different from the rest of Russia since the start of the full-scale invasion of Ukraine.

When Russia invaded Ukraine, Chechnya was practically the only place in the Russian Federation where forced recruitment took place. Shortly after the invasion, the Chechen authorities began what they called “self-recruitment.” This was the Chechen government’s way to pressure people to join the forces in Ukraine, because the head of the republic, Ramzan Kadyrov, had promised to deliver “volunteers” that would be sent to Ukraine.

In June 2022, as claimed by the speaker of **the Chechen regional parliament**, **at least 1,360 Chechen residents had “volunteered.”** However, the methods of recruitment consisted of **blackmail and threats.** Some officials were reported to **kidnap potential soldiers and extort money from their families or threaten to rape or torture family members, if they did not sign up for the army.** By the end of August, the number of “volunteers” increased to **5,000, according to the speaker of the regional parliament.**

However, the number of volunteers was not sufficient. Thus, **the Chechen government and Kadyrov himself threatened with depriving people, who did not want to join the military, of social benefits such as unemployment benefits for low-income families among other things.** According to two sources, **this is happening because the Chechen authorities can commit any violation of human rights without any liability.** Many of those who were “self-recruited” and sent to Ukraine in the beginning of the war did not want to return a second time to fight in Ukraine. However, **the Chechen leadership continued to pressure them to return.** The official argument was that since they already had experience from the war, they had a special obligation to go again.

12.2.1 Mobilisation in Chechnya

When the Russian president announced the partial mobilisation in September, Kadyrov relatively quickly stated that Chechnya already had fulfilled its quotas, probably because he did not want to be pressured by the federal government.

However, despite this statement, **the Chechen authorities continued to mobilise individuals to the war.** The authorities primarily targeted people who showed discontent either with the local government itself or with the war in Ukraine, or people that the authorities somehow disliked. According to Huseyn Aliyev, there are cases of men targeted by the Chechen authorities, taken directly from homes and brought to detention facilities, where they were beaten and tortured. Afterwards, they are sent directly to the front in Ukraine.

The day of announcing the mobilisation, a group of women announced they would protest against sending their husbands and sons to war. The reaction from the authorities was very strong and minutes after the women assembled, the police detained all of them. Furthermore, the security forces apprehended their male relatives and sent them to Ukraine. The fate of the women themselves was unknown at the time of writing of this report.

On 1 November 2022, according to Caucasian Knot, Kadyrov threatened to continue the mobilisation effort in Chechnya, even though president Putin and the Minister of Defence

Shoigu had declared the end of the mobilisation. Kadyrov stated that Chechens should hurry to sign up if they wanted to fight along with fellow Chechens, because otherwise they would end up in units with Russians. [...]

According to Gregory Shvedov, if the Chechen authorities want a person, no place in Russia would be safe, since the local Chechen government can easily target a person outside the republic. In addition, in some instances, it would likely be easier for the Chechen authorities, if the person relocated to one of the bigger cities in Russia. » Quelle: Danish immigration services (DIS), Russia : An update on military service since July 2022, Dezember 2022, S.1, 24-28, 32-34: https://us.dk/media/10558/update-on-military-service-in-russia_til-gaengelig.pdf.

ELENA, Dezember 2022:

« Summons - a document, which obliges its addressee to come to the military commissariat at the specified date and time for certain activities related to the call-up for military service, registration in the military register, the transfer to the reserve or to establish additional information about the health of a citizen, verification of his documents, assignment or change of category of fitness by the results of the medical commission or an independent medical examination and for mobilization.

The lawful service of the summons is only the delivery in person, against signature. A summons sent by mail, dropped in the mailbox, or stuck in the doorjamb is not a document and does not bind you to anything. Neither are calls, text-messages, messages in messengers and other means of communication from the military registration and enlistment office with a demand to appear - they are not lawful and have no legal force, although they have been used all the time.

Such calls are unlawful and do not oblige one to appear at the military enlistment office. However, a summons may be served against signature anywhere - in public places, at the place of work and/or study, in transport. However, it is lawful for the employer to serve the summons at the place of work against signature.

Members of the military registration and enlistment offices do not have the right to check passports, so often the delivery of summons and "raids" take place jointly with police officers, who have the right to check the identity documents of a citizen.

The summons to the military registration and enlistment office is issued both to citizens between 18 and 27 years of age for military service or other activities related to it, and to persons subject to mobilization.

The responsibility of the person for repeated failure to appear is defined by Article 21.5 of the Code on Administrative Offences (administrative responsibility), with a warning or a fine of 500-3000 rubles (8-50 euro). The limitation period for administrative liability for failure to appear on summons is a long one (three years).

If a person fails to appear after personal and lawful service of two or more summonses, then criminal liability under Article 328 of the Criminal Code of the Russian Federation is incurred.

There is currently no separate criminal liability for failure to appear in response to a summons to mobilization; such failure to appear is covered by the article on evasion of military and alternative civilian service and is punishable by up to two years of imprisonment. At the same time, there were comments in the Russian media that failure to appear at the military registration and enlistment office on a single summons entails severe criminal liability, which does not correspond to the current legislation. » Quelle: European legal network on asylum (ELENA), Legal framework and practice regarding “partial” mobilization in the Russian Federation, Dezember 2022, S.9-10: https://elenaforum.org/wp-content/uploads/wpforo/default_attachments/1675684903-Mobilization-in-Russia-2022-ENG-ECRE-ELENA.pdf.

EUAA, 17. Februar 2023:

« [...] In an interview with the Danish Immigration Service (DIS) in October 2022, the editor-in-chief of Caucasian Knot, Gregory Shvedov, noted that the Chechen authorities were able to ‘easily target a person outside the republic’ which makes ‘no place in Russia’ safe for them. On 16 February 2023, a former resident of Chechnya who was returning from his father’s funerals in Chechnya to the Netherlands, where he had been granted asylum as ‘an LGBTQ+ refugee’, was reportedly detained by police in Moscow’s Domodedovo airport and handed over to the Chechen law enforcement officers. [...]

In the interview with DIS in October 2022, Sergei Krivenko stated that many people applied for alternative civil service after the start of the ‘partial’ mobilisation. According to the latest available statistics by the Federal Service of Labour and Employment (Rostrud), 1 166 young men were enrolled in alternative civil service as of 1 August 2022. No statistics for the second part of 2022 or information on which basis the applications for alternative civil service were approved were found in the time constraints of this query.

Sources giving legal advice to future conscripts noted that it was difficult to substitute military service with alternative civil service. The application to a military recruitment office should be lodged no later than six months before the start of the draft. Thus, the postal date on the application should be no later than 1 October for someone who expects to be drafted in spring and no later than 1 April in case of the autumn draft. Some frequent reasons for refusals to grant alternative civil service reportedly included the expiration of the deadline to submit the application, insufficient substantiation of the reasons for applying to alternative civil service, false information given by the applicant, lack of available or suitable vacancies, evasion of military service in the past. Replacing military service with alternative civil service on the grounds of personal convictions was reported to be more difficult than on the grounds of religious beliefs. The religion of the conscript should be well-known and recognised, and religious affiliation should be proven with additional documents (certificate of membership, testimonies of other members) and the membership should be long-lasting.[...]

In the period between 1 May to 20 September 2022 – as reported by TV channel RBC based on the data from the State Automated System (GAS) and the Moscow City Court – 410 criminal cases on draft evasion from obligatory military service or alternative civil service were brought before the Russian courts, which is the maximum in ten years. In the same period in 2021, 385 such cases were brought to courts. Based on data from the

Judicial Department of the Supreme Court of the Russian Federation, the independent media outlet Bumaga reported that 564 persons were convicted by courts for draft evasion in the first half of 2022. This figure represents an increase from 497 convictions for the same period of 2021 and corresponds to the number of convictions for the whole year of 2020, during which 562 persons were found guilty of draft evasion. Bumaga noted that in all the cases recorded by the Supreme Court of the Russian Federation, the punishment for draft evasion was a fine: since 2016 till June 2022, none of the convicted persons was sentenced to imprisonment. [...]

4. Military recruitment in Chechnya [...]

Since May 2022, there have been reports of Chechens who were illegally abducted or arrested and taken by force to police stations where they were demanded either to volunteer to take part in the hostilities in Ukraine or to pay ransoms of 200 000 – 500 000 roubles [2 538 – 6 345 EUR] through the use of violence and “under the threat of being subjected to fabricated criminal charges, having their relatives kidnapped, and having their female relatives subjected to various humiliating procedures.” According to the human rights NGO Memorial, the abductees were mostly “young men who had already attracted the attention of the law enforcement agencies.”

Sources noted that while the Chechen authorities refused to implement the ‘partial’ mobilisation order of 21 September 2022 they continued mobilising people to take part in the hostilities in Ukraine after the central authorities announced the end of the mobilisation on 28 October 2022. Caucasian Knot reported on 9 February 2023 that around 300 people had been employed by law enforcement bodies of Chechnya since December 2022, noting that it was possible that they would be further deployed to Ukraine. As reported by the same source at the end of July 2022, ‘[w]hen applying for law enforcer's job, a person will be enrolled in the reserve, and then face the fact that he is obliged to go and take part in the special operation.’ According to an imam of a mosque in Gudermes, who was involved in enforcement bodies’ recruitment, Chechnya was facing a shortage of law enforcement officers because of sending men to war. On 11 January 2023, Ramzan Kadyrov claimed that 21 000 Chechens had been sent to fight in Ukraine.

According to Caucasian Knot and its editor-in-chief Gregory Shvedov, who was interviewed by DIS in October 2022, the number of Chechens who had left Chechnya in 2022 increased. Thus, between January 2022 and August 2022, 948 people left Chechnya according to the Chechen statistical service, compared to 325 for the same period in 2021.

[...] » Quelle: European Union Agency for Asylum (EUAA), Russian Federation; Major developments in the Russian Federation in relation to political opposition and military service, 17. Februar 2023, S. 8,13, 19-23 : www.ecoi.net/en/file/local/2087301/2023_02_EUAA_COI_Query_Response_update_Russia_major_developments_in_relation_to_political_opposition_and_military_service.pdf .

EUAA, Dezember 2022:

« One-year military service is compulsory for all Russian men aged 18 – 27. The MoD notes that completing compulsory military service is a prerequisite for a career in the public sector and governmental institutions. The number of men eligible to be drafted for military service is estimated at 1.2 million each year and around half of this number receives a

draft notice requiring them to present themselves at a local military recruitment office (voenkomat).

Prior to conscription into obligatory military service, young men aged 16 – 17 undergo an initial military registration, which is carried out by military recruitment offices. As stated by MoD, the purpose of the initial registration is ‘to identify the number of pre-conscripts and define if they are medically fit for military service’ as well as to evaluate their level of education for further education or training. During the medical examination, pre-conscripts are assigned categories defining their physical and psychological fitness for military service. [...]

According to the law, Russian men aged 18 – 27 who are subject to statutory military service must notify their local military recruitment office about the place of their residence. Military recruitment officers were reported to have regularly visited homes (official addresses where a person is registered) and workplaces of reservists.⁵⁸ A failure to inform military officials about a change of one’s place of residence as well as a failure to present oneself at a military recruitment office is an administrative offence under Article 21.5 of the Code of Administrative Offences and is punishable by a fine in the amount of 500 – 3 000 roubles [8 – 50 EUR].

Article 31 of the Federal Law on Military Duty and Military Service requires that a draft notice is handed in person and that a person must sign for it upon receipt. After receiving the draft notice, the person is obliged to report to the military recruitment office, where he must undergo a medical commission. If proven fit for military service, the person must present himself at a recruitment commission, whose role is to decide whether he will be conscripted, granted exemption or deferral from military service, or admitted to the reserve (zapas). If the commission decides that the person will be conscripted, he will be notified about the location of his military service. The recruitment commission also decides on requests to serve alternative civil service. [...]

Article 328 part 1 of the Criminal Code stipulates that ‘evasion of conscription in the absence of lawful grounds for release from the military service’ is punishable by either a fine up to 200 000 roubles [3 272 EUR], or in the amount of the wage or salary, or any other income of the convicted person for a period up to 18 months,⁶² or by compulsory labour for a period up to two years, ⁶³ by arrest for up to six months, or by up to 2 years in prison. The criminal responsibility under Article 328 applies only in cases when the person has been found a draft evader by a court. The charges can be initiated in cases if a person deliberately ignores draft notices and calling-up for military service. As explained by a Prosecutor’s office of Chelyabinsk region, a failure to report to military recruitment office after having received a draft notice or a failure to report to a place of assembly for a departure to a military unit are understood as draft evasion. The source explained further that actions such as self-inflicted injury to avoid military service, a failure to present oneself for a medical examination, or a failure to receive draft notices sent by a military recruitment office as well as obtaining fake documents to get an exemption from military service are considered draft evasion. [...]

The situation of conscription and military recruitment in Chechnya (officially, the Chechen Republic) is partly different from the rest of the Russian Federation. Conscription into obligatory military service of young Chechens was suspended after the fall of the Soviet

Union due to the armed conflict between the Chechen separatists and the Russian Federation. Following several failed attempts of conscription, especially in 2001 and 2007, **military service was reinstated in Chechnya in 2014**, after an agreement between the head of the Chechen Republic, Ramzan Kadyrov, and Russian MoD was reached **for drafting 500 conscripts per year**.

Chechnya has a large security force of about 30 000 men, mainly attached to the Russian National Guard (Rosgvardiya) and the Ministry of Internal Affairs. In practice, some units answer directly to Ramzan Kadyrov, and are usually referred to as Kadyrovites (kadyrovtsy). The Kadyrovites, who are accused of numerous abuses committed with complete impunity, such as arbitrary detentions, torture or extrajudicial executions, were the first units deployed from Chechnya to Ukraine, especially within the troops of the National Guard. **In April 2022, Ramzan Kadyrov announced his plan to recruit and train 200 volunteers per week**. The latter, from Chechnya, other Russian regions or CIS countries, reportedly receive a few days' training in the Russian Special Forces University in Gudermes (Chechnya), established in April 2022, before being deployed to Ukraine. At the beginning of the conflict, according to several sources, volunteers were promised a commitment bonus of up to 300 000 roubles [4 930 EUR], plus usual remunerations established by the Russian MoD for contract soldiers. According to RFE/RL's service Kavkaz.Realii, they were assigned a monthly salary ranging from 200 000 to 300 000 roubles [3 172 to 4 930 EUR]. They were also promised a payment of 50 000 to 300 000 roubles [820 to 4 930 EUR] for each combat vehicle destroyed. Reportedly, **the promises of salaries were not always kept and there were reports of relatives complaining that they had not received the promised financial support and medical care after their male relatives were injured or killed in Ukraine**.

The legal status of these volunteers is unclear. Some sources reported that initially they had been deployed without a contract, whereas other sources mentioned that volunteers had been mainly deployed within the Chechen volunteer battalion Akhmat, attached to the MoD. From June 2022, volunteers became attached to military units, to private military companies such as Wagner, or to the National Guard on short contracts, sometimes signed retrospectively in their absence. For information on volunteer fighters in Ukraine, please see chapter 3.3 Volunteer battalions and mercenaries.

On 26 June 2022, Ramzan Kadyrov announced the establishment of four exclusively Chechen volunteers' battalions attached to the MoD: South-Akhmat, North-Akhmat, West-Akhmat and East Akhmat. However, facing the lack of recruits, men of these regiments come mainly from the Chechen police forces and the National Guard and, according to Ramzan Kadyrov, they all already had received combat experience in the Donbass. **At the same time, Kadyrov launched a wave of recruitment among the republic's security forces. The first servicemen from these battalions were deployed to Ukraine in September 2022. In mid-September, Ramzan Kadyrov signed a conscription order for men aged 18 to 27, which triggered demonstrations in Grozny. On 23 September, Kadyrov stated that a 'partial mobilisation,' ordered by President Putin, would not be applied in Chechnya, as the republic had already exceeded the quota for personnel to be drafted. According to the Chechen authorities, Chechnya has already deployed more than 20 000 troops since the beginning of the hostilities and around 9 030 Chechens were reportedly fighting in Ukraine as of 15 November 2022. According to Huseyn Aliyev, the numbers of Chechen fighters deployed to Ukraine, which are officially communicated by Chechen authorities, 'are likely to be inflated'.**

In October 2022, the Chechen authorities announced that 500 volunteer medical workers would be sent to Ukraine. **Poorly equipped for artillery combat, the Kadyrovites were mainly employed for urban combat, securing Russian occupied territories, guarding prisoners of war, and preventing the desertion of Russian soldiers.** The Kadyrovites suffered heavy losses in northern Ukraine in February and early March 2022, and, according to Ukrainian intelligence, withdrew from the region in mid-March. In March 2022, according to the Chechen authorities, the Kadyrovites were also present in the Donetsk region, notably in Mariupol, as well as in the Zaporizhzhia, Kharkiv, Luhansk and Kherson regions. Between March and June, they participated in urban battles for the capture of Rubizhne, Sieverodonetsk and Lysychansk in the Luhansk region. In September 2022, according to the Ukrainian army and the Warsaw institute, up to 1 300 or 1 500 troops from Chechnya were sent to Kherson region. According to both researcher Huseyn Aliyev, and human rights lawyer interviewed by EUAA in November 2022, no NGOs working to help drafted persons were present in Chechnya. Moreover, as noted by the human rights lawyer, there were ‘no signs of anyone talking [about military drafting and deployment] and complaining’.

4.2. Methods of recruitment

In Chechnya, recruitment of fighters for warfare against Ukraine was reported to have been organised in a general atmosphere of coercion and in violation of human rights standards. Ramzan Kadyrov has regularly reported on deployments of volunteers to Ukraine. Similarly, the president of Chechen Parliament Magomet Daudov also reported the same. In June 2022, upon inquiry by RFR/RL’s service Kavkaz.Realii, employees of Chechen enlistment offices stated that only volunteers were accepted for deployment to Ukraine. **In July, as reported by Caucasian Knot, the Chechen leader said on air of the state TV Grozny that anyone who would refuse to go to Ukraine ‘will get into the hell’.** At the end of August 2022, Kadyrov reportedly ‘called the refuseniks [people who refused deployment] parasites’ and stated that low-income families whose young members would refuse the enrolment in the Chechen military units should be denied social benefits.

During the reference period, media sources, human rights activists and bloggers — referring to the statements of Chechen men and their relatives — have reported on numerous instances of forced recruitment. The methods used for forced recruitment included inducement, threats, and kidnapping. The Europe-based human rights NGO Vaifond, reported in May 2022 that, among the people who were forced to volunteer, were people with disabilities as well as people who had no previous connection to the state- or low enforcement-bodies.

According to the source, some civil servants were also forced to apply to join the volunteer battalions. During the same month, **Kavkaz.Realii reported that, based on the information of the opposition movement 1ADAT, around 130 people were kidnapped and detained to force them to volunteer for the units.** On 15 June, an independent media outlet The Insider, reported that a brother of a Chechen opposition blogger Khasan Khalitov was abducted by the Chechen security forces and taken to Ukraine. **In some instances, men were reported to have had to pay a high ransom to avoid recruitment or to choose between signing a contract to be deployed to Ukraine and facing made-up criminal proceedings.**

As noted by the chairman of the Civil Assistance Committee (Grazhsanskoe sodeystvie) Svetlana Gannushkina, persons refusing to take part in the hostilities in Ukraine, as well

as their family members, could face persecution by the authorities. Based on information from human rights NGOs, **The Insider noted on the use of family members for recruitment purposes. The source reported on instances involving threats to abduct and detain relatives, threats to abduct a young man who refused to go to Ukraine addressed to his parents, and threats with molestation of female relatives. According to the Insider, state actors use kidnappings for extortion.**

Persons persecuted by law enforcement and convicted prisoners were also reported to be among the involuntary recruits. **Human rights activists reported that interned men who refused their deployment to Ukraine were threatened with contrived criminal proceedings.** Among recruited personal there were also alleged criminals and prison inmates who preferred deployment to Ukraine to criminal proceedings and prison detention. Persuasive methods were also reportedly used: these methods did not use coercion directly but attempted to gain persons' consent to the deployment, for instance, by 'reminding' people about their past criminal records and threatening with imprisonment.

In September 2022, there were reports on recruitment of male relatives of women who protested against the 'partial mobilisation' order. For example, male relatives of women who wanted to hold a protest rally against mobilisation measures were reportedly taken to the Russian Special Troops University in Gudermes for the training prior to their deployment to Ukraine. After the case attracted public attention, law enforcement authorities reportedly demanded that a family of a man deployed to Ukraine would deny that his deployment was forced on camera.

On 10 October 2022, Kadyrov announced an additional deployment of medical personnel, comprising more than 500 volunteers with medical training, to Donbass. The deployment was preceded by an apology by a nurse who was publicly reprimanded by the Minister of Health in Chechnya for an audio recording in which she spoke about a mobilisation of medical personal in Chechnya and expressed to go to Ukraine voluntarily. [...]'

5.2. Punishments under the law

On 25 November, in email communication with EUAA, a human rights lawyer noted that **the implementation of legislation amended on 24 September 2022 was 'still very rare and consisted of several individual cases'.**

5.2.1. Evasion of mobilisation

On 5 October a first criminal case for evading conscription under the mobilisation order was initiated in Penza. **The charges under Article 328 of the Criminal Code were initiated against a 32-year-old man who refused to sign a draft notice and was detained by the OMON (Special Purpose Mobile Unit) police forces.** On 7 October, **it was reported that the Prosecutor's office in Penza region refused to initiate the criminal proceedings.** As reported by independent media, based on the opinion by Pavel Chikov, Article 328 should apply 'only to citizens who evade conscription for military service,' as was previously clarified by the Supreme Court of the Russian Federation.

On 6 October, a regional military commissioner of Chelyabinsk region noted that 15-20 instances of desertion and draft evasion during the mobilisation period were being 'checked'

in the region. » Quelle: European Union Agency for Asylum (EUAA), The Russian Federation - Military service, Dezember 2022, S. 15-17, 47-57 : www.ecoi.net/en/file/local/2084282/2022_12_EUAA_COI_Report_Russian_Federation_Military_service.pdf.

Euronews, 20. Januar 2023:

« [...] **Chechen men fighting under Russia's flag are known as the Kadyrovtsy or Kadyrovites, after the father of the leader of the Chechen Republic, Ramzan Kadyrov, often referred to as "Putin's mad dog".** [...] »

"They are like his personal army," Harold Chambers, a North Caucasus analyst, told Euronews, pointing out that a "big reason" why they are in Ukraine is because Kadyrov -- a staunch advocate of the war -- wants to curry favour with the Russian president. [...]

Thousands of Chechen foot soldiers poured into Ukraine during the very first days of the war, which began on 24 February 2022.

Estimates of their number vary, but there are thought to be around 9,000 Chechens on the Russian side, with more than 21,000 having cycled through the conflict. [...]

But Ratelle was sceptical about their significance on the battlefield, likening them to a disposable private army.

"These are not elite troops," he said. "They were most likely used as a grunt force... It's always easier for a Chechen to be killed in a war than an ethnic Russian."

"They were treated like cannon fodder for a while".

Putin's "partial mobilisation" of 300,000 troops, announced in September, has disproportionately targeted ethnic minority populations or migrants from Central Asia, many coming from impoverished communities.

Soldiers from Muslim-majority regions in Russia, like Dagestan, have died at a rate 10 times higher than those from Moscow, according to the BBC's Russian Service.

While the exact number of Chechen war dead is unknown, much like the wider casualty figures on both sides of the conflict, Chambers says they have "sustained heavy losses".

Still, Chechen fighters serve other important roles in the war, often doing Moscow's dirty work.

Chechens have reportedly been used to enforce discipline on disgruntled Russian soldiers, even executing deserters and those who try to defect to the Ukrainian side. » Quelle : Euronews, 'TikTok warriors': What are Chechen fighters doing in Ukraine?, 20. Januar 2023: www.euronews.com/2023/01/20/mad-dogs-what-are-chechen-fighters-doing-in-ukraine.

HRW, 12. Januar 2023:

« *Chechnya*

Chechen authorities under governor Ramzan Kadyrov continued to ruthlessly quash all forms of dissent. In December, Chechen security agents rounded up, subjected to ill-treatment and kept in incommunicado detention, dozens of family members of five Chechen bloggers and activists, who live abroad and criticized Kadyrov online. They forced the families to “apologize” and publicly dissociate themselves from their exiled relatives.

*1ADAT, an anti-Kadyrov social media channel, was one of the key targets. In January, Chechen police abducted Zarema Mussaeva, the mother of 1ADAT’s supposed administrator, Ibrahim Yangulbaev, and human rights lawyer Abubakar Yangulbaev, and forcibly brought her from Nizhny Novgorod to Chechnya, where she remained in detention at time of writing on bogus criminal charges. In August, media reported on the extrajudicial execution of 19-year-old Salman Tepsurkayev dating back to September 2020, days after his abduction. Tepsurkayev moderated the Telegram channel 1ADAT, which routinely features Chechen dissident voices, including those critical of Kadyrov. Authorities have not opened an investigation into his disappearance or alleged torture and killing. **Kadyrov became a major official spokesman glorifying abusive warfare in Ukraine and in October he called for the “razing of Ukrainian cities to the ground.” He organized the deployment of several thousand Chechen servicemen to Ukraine; human rights organizations reported complaints from Chechnya’s residents about forced recruitment of their family members.***

In November 2021, the European Court of Human Rights ruled in favor of Luisa Tapayeva, a divorced Chechen woman seeking to reunite with her four daughters. In Chechnya and other parts of the North Caucasus, local authorities enforce local customs that treat children as the property of their father and paternal family, which makes it difficult for single mothers to gain custody. Quelle : HRW – Human Rights Watch: World Report 2023 - Russian Federation, 12. Januar 2023: www.ecoi.net/en/document/2085489.htm

Mediazone, 25. Juli 2023:

« [...] Another draft law passed today initially concerned a deferment for fathers of many children who are reservists. Now it prohibits men who have received a summons from leaving the country as the amendment on deferment was rejected by the Duma.

“Colleagues, you understand that we have discussed many times that amendments to the law ‘On Mobilisation Preparedness and Mobilisation’ are very sensitive. They are sensitive because this law has been drafted for a major war, for a total mobilisation. And now, the scent of that major war seems to be in the air. And we continue to think about whom to protect? Later, there would be no one to protect! Understand this,” Deputy Andrey Kartapolov reprimanded his colleagues.

In April this year, Vladimir Putin signed a law on electronic summons. According to it, if a summons is not handed over in person, it is still considered to have been served within seven days from the moment it appears in the register of summons. After this week, “restrictive measures” such as a ban on property sale, driving a car, registering as a businessman, and leaving the country, begin to apply.

The conscript should receive a notification of being included in the register of summons on the day such a decision is made by the military official. Thus, conscripts had a week to leave the country before the restrictive measures came into effect, but now deputies

are depriving them of this opportunity. The new draft law stipulates that the ban on leaving the country begins to apply immediately from the moment of receiving the summons by any means—in person, at work, by mail, or when placed in the register. [...] » Quelle: Mediazona, “Scent of a major war is in the air.” Russia’s State Duma extends conscription and establishes governor-controlled militias, 25. Juli 2023: <https://en.zona.media/article/2023/07/25/wartime>.

Meduza, 15. Juli 2023:

« A district court in Russia ruled partially in favor of Maksim Moiseyev, a defendant in Russia’s first case concerning evading mobilization. The human rights group Voyennye Advokaty [Military Lawyers] says the court ruled that Moiseyev should be paid 20,000 rubles (around \$220) as compensation for unlawful criminal prosecution.

The case against Moiseyev was opened in late September 2022, after he twice failed to appear at a military enlistment office after receiving a summons. In early October, Moiseyev was arrested by special police and placed in temporary detention. He was released two days later, and the prosecutor’s office declared a criminal case against him illegal, since it came under a law applying to citizens who decline mandatory military service.

After that, Moiseyev sought damages for hedonic damages, for intangible loss of quality of life, in the amount of 300,000 rubles (\$3,324). Moiseyev plans to appeal the district court’s decision.

» Quelle: Meduza, Russian district court rules partially in favor of defendant in first mobilization evasion case, 15. Juli 2023: <https://meduza.io/en/news/2023/07/15/russian-district-court-rules-partially-in-favor-of-defendant-in-first-mobilization-evasion-case>

Meduza, 13. Juni 2023:

« Vladimir Putin has signed a bill into law that will require military conscripts to give their international passports (which are necessary for foreign travel) to the authorities for storage during their service period. Conscripts, as well as Russians performing alternative civilian service, will have five days from the time of their conscription to give their passports to an Interior Ministry migration department office or a Municipal Services Center under the new legislation. Anyone who fails to turn it in without a legitimate reason will have their passport invalidated. The law will come into force in 180 days. Human rights advocates have said it’s unlikely to affect Russians who enlist as part of the 2023 fall conscription drive. » Quelle: Meduza, Putin signs law requiring conscripts to give up passports during service period, 13. Juni 2023: <https://meduza.io/en/news/2023/06/13/putin-signs-law-requiring-conscripts-to-give-up-passports-duringservice-period>.

Meduza, 23. Mai 2023:

« Russia’s State Duma approved an amendment to a law on the procedure for entering and departing Russia that requires those conscripted into military or alternative civilian service to hand over their passports. According to the amendment, passports must be handed over to the Russian authorities within five days of receiving the conscription notice.

*The document says that passports will be returned upon completion of either military or civilian service. **If a conscript fails to surrender their passport without providing an acceptable reason, the passport will be declared invalid.**» Source: Meduza, Russian State Duma approves amendment allowing passports of conscripts to be confiscated, 23. Mai 2023: <https://meduza.io/en/news/2023/05/23/russian-state-dumaapproves-amendment-allowing-passports-of-conscripts-to-be-confiscated>.*

Meduza, 12. April 2023:

« The new amendment package to Russia's draft law has four segments, covering the following areas:

- *Digitization of military records*
- *Appeals of draft commission decisions*
- *Establishing a unified register of draft summonses*
- *Contract military service*

The new law prescribes the creation of a unified register in which active summonses will be recorded. The register is to be maintained by the Defense Ministry, but the details of how it will operate will have to be worked out after the new legislation comes into effect.

The amendments repeal the former guarantee that the state would provide a public defender for any case involving violations of the draft law. Previously, any draft decision would be automatically suspended if appealed. The new legislation is getting rid of this provision. Now, even if you're in process of appealing a draft decision in court or with a higher-level military authority, the decision itself will remain in force during the appeal.

In the past, if a person was apprehended in the street and delivered to a draft office, he himself or even his proxy would have been able to object to the draft officials' actions on the very same day. This important provision protected people from arbitrariness and from abuses of power by the draft officers. This legal instrument is now being taken away.

It's still possible to appeal a draft commission's decision, but it wouldn't be a reliable defense against being sent off to the army barracks. A court still has the power to suspend the execution of a draft decision, but it can also dismiss the motion to suspend it, or simply take too long in considering it. As a result, a person who might be ineligible for army service for medical or other reasons would have to join the army even in process of appealing the conscription.

Shifting the burden of compliance and making draft evasion harder

If a person has been summoned to the draft office and doesn't report for duty in 20 days, he is going to be barred from doing things like registering as an independent contractor, working as a self-employed professional, applying for credit, driving a vehicle, or registering a car title. The new law also vests Russia's regional authorities with additional powers to introduce further limitations. They can, for example, suspend subsidy payments to draft-eligible orphans until they report to the draft office. This signals that the state may ultimately move towards adopting essentially fascist policies.

A military summons is officially considered delivered seven days after its publication in the unified draft register, regardless of whether it had been sent electronically through the state service portal (“Gosuslugi”) or delivered in person. At this point, its recipient is barred from leaving the country. People subject to military duty are also expected to keep an eye on the register themselves, and if they miss the draft notice, it’s their own problem.

Taking away the citizens’ legal tools

For now, the State Duma has passed the amendments in the third reading. To take effect, they have to be signed by the president. What’s unclear is when the provisions regarding the unified register will become effective, given that the register itself is yet to be created and launched.

The point of the new legislation is to render the citizens even more defenseless before the arbitrary power of the draft offices, and to simplify the procedures of seasonal conscription, contract recruitment, and mobilization. A new round of mobilization is likely just a matter of time.

As an example of what these changes mean in practice, a person can now be registered in the military reserves in absentia. Until now, he had to report to the draft office, go through a medical exam, and receive a copy of the decision about his eligibility for service. This procedure has been waived.

With respect to contract service, the amendments are geared towards enabling the authorities to conduct mass conscriptions. According to some unverified data, Russia’s armed forces are planning to recruit 400,000 new contract soldiers by the end of the year. Any citizen will now be able to sign a contract with the army, even if he has no training, and even if he isn’t in the army reserve. The same law waves the former scruples about mandatory-term conscripts: in the past, they could only sign a contract three months after completing their initial tour of duty. Now this stipulation is gone.

Finally, the amended law will deprive citizens of the legal tools they need to appeal the draft commission’s decisions and to defend their right to deferral or exemption.» Quelle : Meduza, Drafting the defenseless, A military lawyer discusses Russia’s newly amended conscription law and gives his best advice to draft-eligible men who don’t want to join the army, 12. April 2023: <https://meduza.io/en/feature/2023/04/12/drafting-thedefenseless>.

Newsweek, 1. August 2023:

« Russian President Vladimir Putin on Sunday signed a new law that will significantly increase fines for those trying to dodge military summons, amid speculation the Kremlin is considering a second mobilization order to bolster its forces in Ukraine.

Previously, Russians failing to present themselves at a military registration office after being summoned could face fines of between 500 rubles (\$5) and 3,000 rubles. The new legislation will increase that to a flat fine of 30,000 rubles, with higher fines of 400,000 to 500,000 rubles, and 60,000 to 80,000 rubles, for legal entities and Russian government officials, respectively, for failing to submit military registration lists to recruiters.

The Kremlin is trying to make it more difficult for its citizens to avoid the draft. Despite persistent rumors, Moscow has not yet ordered a second wave of mobilization. The first began in September 2022 and aimed to add 300,000 troops to the armed forces amid the pressures of Russia's stalled war on Ukraine. » Quelle: Newsweek, Putin Tightens Mobilization Noose with Tenfold Hike in Draft-Dodging Fines, 1. August 2023: www.newsweek.com/putin-mobilization-tenfold-hike-draft-dodging-fines-conscription-ukraine-reserves-1816658.

SFH, 29. September 2022 :

*« Un médecin qui refuse d'être déployé en Ukraine risque un licenciement et d'avoir des difficultés à retrouver un emploi. D'autres représailles plus sévères ne sont pas exclues. Selon la personne de contact D, un médecin qui n'a pas signé de contrat d'engagement avec l'armée et qui a refusé de participer à l'opération militaire spéciale en Ukraine n'encourt **pas de conséquences juridiques, mais il pourrait être licencié sous de faux prétextes et avoir des difficultés à retrouver un emploi. Il pourrait également faire face à d'autres types de discrimination.** La personne de contact A confirme qu'il est possible que les dirigeants d'institutions médicales et de recherche de l'Agence fédérale de médecine exercent une pression informelle sur les médecins pour qu'ils prennent part à des brigades spéciales prêtes à être déployées en Ukraine. Le médecin peut alors être confronté à la question de démissionner de l'institut ou d'accepter la mission. **D'autres types de représailles sont possibles en fonction notamment de l'importance et de l'activisme de la personne. Outre le licenciement, cette personne pourrait se voir menacée par les services sociaux de se faire retirer ses enfants ou encore être déclarée « extrémiste » et voir ses comptes financiers bloqués. Des poursuites pénales peuvent également être engagées contre elle (ou ses proches) pour des motifs aberrants (drogue, hooliganisme, fraude, etc.). La personne de contact A précise qu'un médecin qui ne refuse pas formellement de prendre part à ces brigades spéciales, mais qui s'enfuit et quitte le pays, s'expose à des risques de représailles similaires.***

*Système judiciaire et organismes chargés de l'application de la loi sous influence de la branche exécutive. Très difficile pour un citoyen de faire valoir ses droits dans des « affaires politiques ». **Pour la personne de contact B, il n'y a pas de « loi » en tant que telle en Russie. Pratiquement tous les tribunaux et les organismes chargés de l'application de la loi sont sous l'influence opérationnelle de l'exécutif. Les citoyens et les citoyennes ne peuvent défendre ou faire valoir leurs droits que dans des cas isolés et presque jamais dans des cas impliquant des « questions politiques » que les autorités contrôlent. Par conséquent, les autorités disposent d'un arsenal assez large de moyens leur permettant d'influencer ou de punir le citoyen ou la citoyenne « indésirable » sans le réprimer formellement pour des motifs de « protestation ».** [...]*

*Certains soldats ont reçu un tampon sur leur carte d'identité militaire mentionnant qu'ils avaient refusé d'être déployé en Ukraine et qu'ils étaient « enclins à la trahison, à la tromperie et au mensonge ». **Dans une interview donnée au site d'information Meduza, l'avocat Maxim Grebenyuk rapporte que certains soldats qui ont refusé de se battre en Ukraine ont eu leurs états de service marqués d'un tampon avec la mention « enclin à la trahison, à la tromperie et au mensonge ».** Selon l'avocat, cette pratique n'est pas systématique et provient probablement de l'initiative personnelle de plusieurs commandants. D'autres soldats ont rapporté que leur carte de service militaire mentionnait qu'ils avaient été licenciés pour avoir refusé de participer à l'opération militaire spéciale et notamment pour « non-respect des termes du contrat ». **Le but de ces notes, qui selon l'avocat sont illégales, est de ruiner***

la vie du soldat en limitant ses futures options professionnelles, surtout s'il reste dans le domaine militaire, pénitentiaire ou de toute organisation chargée de faire respecter la loi (Meduza, 3 mai 2022). La personne de contact A a confirmé que certains conscrits qui ont refusé de participer à « l'opération militaire spéciale » se sont vus apposer un tampon sur leur carte d'identité militaire avec la mention « Sujet à la trahison, au mensonge et à la tromperie. Refus de participer à des opérations spéciales sur le territoire de l'Ukraine, de la DNR et de la LNR ». Pour cette personne de contact, un tel tampon aura un impact très négatif sur la vie du soldat. » Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Fédération de Russie : refus de servir dans la guerre contre l'Ukraine, 22. September 2022, S. 13-14: www.osar.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Herkunftslanderberichte/Europa/Russland/220929_RUS_refus_de_servir_2.pdf.

RFE/RL, 10. November 2022 :

« Russian forces have sustained heavy losses in the war in Ukraine, and fighters from Chechnya are no exception: On October 24, dozens of Chechen men were killed in an artillery strike on the building where they were staying in the Kherson region town of Kayiry.

*In a fiery Telegram post the same day, **Kremlin-backed strongman Ramzan Kadyrov** claimed Chechens in Ukraine were “defending their religion and family values” and proposed dramatically increasing the number of men from Chechnya sent to the war.*

“We have about 1.6 million people,” he said, although according to Russian statistics the population of Chechnya in 2021 was 1.51 million, including 420,000 retirees and 551,000 children. “Of those, at least 300,000 or 400,000 -- I don't know exactly what the male population is that can be sent to the war.... Age doesn't matter. In any case, you all should be at the military recruiting office and joining those units that are fighting now.”

Kadyrov, who is accused of presiding over widespread human rights abuses during his 15-year tenure as the head of Chechnya, has been one of the most ardent and aggressive advocates of Moscow's invasion of Ukraine, regularly criticizing Russian commanders he suggests have been too timid and restrained in their conduct of the war. In a video posted on October 25, Kadyrov falsely asserted that all of Ukraine is “our Russian territory” and said that Ukrainians -- it was unclear whether he meant combatants or all Ukrainians -- should not be taken prisoner, but rather “burned.”

Now, the authorities in Chechnya have launched an aggressive campaign to shame local men into volunteering for combat in Ukraine. In a recent meeting with officials, parliament speaker Magomed Daudov announced a new effort “to explain the goals of the special military operation in Ukraine,” using the Kremlin's euphemism for its unprovoked war against Kyiv, and said there were more than 1,000 vacancies in the ranks of the Chechen police and National Guard units.

Shortly after that meeting, residents of the North Caucasus republic began receiving messages from clergymen instructing them to urge their relatives to join the police for service in Ukraine.

'Useless Chechens'

Officials have been releasing videos of Chechen soldiers berating so-called “useless Chechens” for not showing sufficient enthusiasm for “protecting Russia’s interests.”

“Those of you with drawn-on beards and tight trousers, gnawing on sunflower seeds and talking big,” said Kuchaloi regional police chief Rustam Aguyev in a video posted on October 30 to the Telegram channel of Chechen Press and Information Minister Akhmed Dudayev. “I swear to Allah, I would be ashamed to go out while my brothers are fighting and dying. It is a shame. You desecrate our history. If we come home, we won’t let you out on any of our streets.”

Dudayev added a note to the post saying that “even our brave, courageous women” should be active in the combat zone, and “of course, under such circumstances, not a single man should be idle.”

Kadyrov himself piled on in a video on October 27 in which he said Chechens who don’t fight are “rags and nothing more.”

“Hey, Chechens!” Kadyrov said. “How can you sleep peacefully at home tonight? I am very surprised at you. Why aren’t you gathering by the thousands in mosques, at military recruiting offices and units? What kind of people are you? What will you tell your families? You will be among those men who are living off their wives.”

It was a remarkable turnabout for the Chechen leader, who in April was bragging that Chechens “have become an example for all residents of our vast country” in terms of volunteering to fight.

“All Russians see and appreciate this,” he claimed on Telegram.

As recently as August, Kadyrov said a private military training center in the city of Gudermes -- a Kadyrov stronghold located midway between the capital, Grozny, and Kadyrov’s lavish residence in his hometown, Tsenteroi -- was sending 200 trained fighters to Ukraine every week.

On October 29, Kadyrov said that call-up notices would continue being distributed in Chechnya even though the large-scale military mobilization that President Vladimir Putin announced on September 21 was officially coming to an end. He called for the creation of additional, trained reserve units in Chechnya.

The Russian Defense Ministry said mobilization had been completed on November 1.

Selective Mobilization

But mobilization in Chechnya has been selective, said Khizir Suleimanov, who represents the Chechen separatist movement in Germany. Former Chechen insurgents from the restive republic’s two wars against Russia in the 1990s and early 2000s and their relatives have been particularly targeted, he said.

“Having identified someone as a supporter of Chechen independence, several men in military uniform will show up at his home and hand over a call-up notice,” Suleimanov said. “In the last few days alone, I found out that the son and the nephew of someone who fought in the same unit with me had been taken away.”

Activists in Chechnya have reported that people who recently applied for foreign passports and the relatives of people who have spoken out against mobilization have been targeted for call-up notifications as well.

Opposition activist Ibragim Yangulbayev told *The Insider* that the sons, husbands, and other relatives of protesters have been sent to Ukraine as “volunteers.”

Russian human rights activist Svetlana Gannushkina criticized the authorities for adopting the shaming tactics, which she called “primitive” and “illegal.”

“Despite such harsh, illegal actions, Chechnya continues to protest,” she said. “Mostly it is women since, so far at least, they have been treated more mildly than men have been.” »
Quelle : Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), Authorities In Chechnya Use Aggressive Shaming To Boost Number Of Volunteers For Russia's Ukraine War, 10. November 2022:
<https://www.rferl.org/a/russia-chechnya-ukraine-war-recruitment-kadyrov-shaming/32124093.html>.

The Guardian, 26. Juli 2023:

« Russia’s parliament has voted to raise the maximum age at which men can be conscripted to 30 from 27, increasing the number of young men liable for a year of compulsory military service.

The bill comes as Moscow seeks to replenish its forces on the frontline in Ukraine without resorting to another mobilisation – a step the Kremlin took last September which proved unpopular.

“From January 1, 2024, citizens aged 18 to 30 will be called up for military service,” the lower house of parliament said after the bill was passed in a second and third reading.

The law also prohibits conscripts from leaving the country once the enlistment office has sent them their draft notice.

The bill still has to be approved by the upper chamber and signed into law by President Vladimir Putin, steps that are considered a formality.

Previously, one year of military service was mandatory in Russia for men aged 18 to 27 with conscription carried out twice a year. Lawmakers also said they were dropping an initial proposal to gradually shift the conscription age to between 21 and 30.

“The wording of the draft law changed because the demographic situation is serious and affects the volume of the mobilisation resource,” Andrei Kartapolov, head of the Duma’s defence affairs committee, told the Interfax news agency.

Also on Tuesday, the Duma passed a bill significantly increasing fines for those who fail to show up at an enlistment office after a draft notice is received. They will be risking a fine of up to 30,000 rubles (about \$330) when the law comes into force on 1 October. The maximum fine is currently 3,000 rubles. » Quelle: The Guardian, Russia raises the maximum

age of conscription as it seeks to replenish Ukraine forces, 26. Juli 2023: www.theguardian.com/world/2023/jul/26/russia-conscription-maximum-age-raised-ukraine-war?CMP=Share_AndroidApp_Other.

The Moscow Times, 16. Juni 2022:

« Authorities in the Russian republic of Chechnya are forcing local men to join “volunteer” battalions for Moscow’s invasion of Ukraine, investigative news outlet *The Insider* reported Wednesday.

Soldiers have reported the use of intimidation, blackmail, or threats of torture and kidnapping against their loved ones, according to *The Insider’s* sources.

*While the exact number of cases is unknown, local human rights organization Vayfond said it has received at least 50 requests related to forced mobilization. Chechen blogger Islam Belokiev told *The Insider* that he learns of at least three such stories each day.*

“We have a lot of messages about Chechens being forcibly sent to [fight in] the war,” Ibragim Yangulbayev, leader of regional opposition movement 1ADAT, told the outlet.

“People imprisoned on fabricated criminal charges are offered the chance to sign a contract with the armed forces. The police promise to release them if they agree.”

Yangulbayev claims that local officials maintain lists of “extremists” — those who don’t support regional leader Ramzan Kadyrov — whom they target in forced mobilization campaigns.

Some officials reportedly kidnap potential soldiers and try to extort money from their families, or threaten to rape or torture the family members of recruits to force them into the army.

Ramzan Kadyrov has repeatedly boasted on social media about the enthusiasm and high morale of Chechen fighters in Ukraine.

*But the families of “volunteers” who have been killed or wounded receive limited or no help from the authorities, *The Insider’s* sources suggest.*

Some family members say they have been denied the opportunity to give their loved ones a traditional burial due to authorities’ concerns that the ceremony could attract unwanted attention.

At least 1,360 Chechen residents have “volunteered” to fight in Ukraine since the start of the war, according to figures cited by the speaker of Chechnya’s regional parliament, Magomed Daudov. » Quelle : The Moscow Times, Chechen Authorities Using Threats and Blackmail to Recruit Soldiers for Ukraine – Investigation, 16. Juni 2022: www.themoscowtimes.com/2022/06/15/chechen-authorities-using-threats-and-blackmail-to-recruit-soldiers-for-ukraine-investigation-a78011.

Time Magazine, 12. April 2023 :

« **The State Duma, Russia's lower house of parliament, hastily approved a law on Monday making it more difficult to avoid the biannual draft, with the upper house poised to rubber-stamp the proposal and Putin expected to sign off on it. The law would allow electronic draft summons to be issued to draftees and would consider such summons formally received once it ends up in a person's digital mailbox. Those who are called up are immediately barred from leaving the country, and draft dodgers face penalties ranging from suspension of their driver's licenses to bans on taking out bank loans and mortgages. [...]**

Previously, conscripts had to be served—and sign—their draft papers in person or through their employers, which allowed dodgers to ignore or hide from the military. "Russia has had a problem with drafting for years even dating back to Chechnya," says Sussex, "and at times, only 10 to 15% would actually show up."

*The Kremlin insists that the timing of the new law has nothing to do with another potential mobilization in the current war but is rather part of Russia's ongoing modernization of its call-up program. Sussex, however, says the move likely confirms that Moscow is facing a manpower shortage as it seeks to rejuvenate its flagging offensive in Ukraine. **When Moscow rounded up potential combatants in September, it ultimately had to send thousands home because they were deemed "unfit for duty" and still reportedly ended up sending some barely trained conscripts as well as physically unfit elderly to the frontlines.** » Quelle : Time Magazine, What Russia's New Crackdown on Draft Dodgers Says About Its Ukraine Offensive, 12. April 2023: <https://time.com/6270857/russia-ukraine-conscription-law-draft-dodgers/>*

USDOS, 20. März 2023:

« **There were continued reports of abductions and torture in the North Caucasus, including of political activists, LGBTQI+ persons, and others critical of Chechnya head Kadyrov. [...]**

There were reports that security services sometimes held detainees in incommunicado detention before officially registering the detention. This practice usually coincided with allegations of the use of torture to coerce confessions before detainees were permitted access to a lawyer. The problem was especially acute in the Republic of Chechnya, where incommunicado detention could reportedly last for weeks in some cases. [...]

Authorities particularly infringed on the right to a fair trial in Chechnya, where observers noted that the judicial system served as a means of conducting reprisals against those who exposed wrongdoing by Chechnya head Kadyrov. [...]

Authorities punished family members for offenses allegedly committed by their relatives. For example, on November 21, the online news outlet Kavkaz.Realii reported that in the village of Aldy, Chechen security forces abducted relatives of Movsar Zakriyev, who reportedly killed a traffic police inspector in Grozny and who was subsequently killed by Chechen law enforcement. » Quelle : US Department of State (USDOS), 2022 Country Report on Human Rights Practices: Russia, 20. März 2023 : www.ecoi.net/en/document/2089062.html.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.